



# Deutsche Polizei

Nr. 8 August 2005

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



**LONDON!**



**MADRID!**



**BERLIN?**

## **GdP fordert drittes Sicherheitspaket**

**In dieser Ausgabe:**

**Digitalfunk:  
Bundesanstalt soll  
Fachverband bündeln**

**Diskussion:  
Führen mit Zielen**

**Prävention:  
Da passiert was Schlimmes**

**Recht:  
Kindergeld – neue  
Rechtsprechung**

**Steuern:  
Mehrwertsteuer belastet  
ungleich**

**Bosnien-Herzegowina:  
Wir können nicht einfach die  
Augen verschließen**

## 2 KURZ BERICHTET

## 4 KOMMENTAR

*Stehen wir uns selbst im Wege?*

## 4/5 FORUM

## 6 TITEL

*GdP-Positionspapier:  
Bekämpfung des islamistischen Terrorismus*

## 15 DIGITALFUNK

*Bundesanstalt soll Fachverband bündeln*

## 18 RECHT

*Kindergeld: Neue Rechtsprechung*

*Ortszuschlag im TVöD*

*58er-Regelung –  
DGB strengt Musterklagen an*

## 19 RENTENVERSICHERUNG

*Widerspruch richtig einlegen*

## DISKUSSION 20

*„Führen mit Zielvereinbarungen“*

## STEUERDISKUSSION 22

*Mehrwertsteuer belastet ungleich*

## BOSNIEN-HERZEGOWINA 24

*Wir können nicht einfach die Augen  
verschließen*

## 10. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG 28

*„Da passiert was Schlimmes“*

## SENIORENJOURNAL 30

## MOSAIK 32

*Grünes Licht für mehr Akzeptanz*

*Thüringer Polizisten helfen Kindern  
in Litauen*

Titel: Fotos: ddp, Rembert Stolzenfeld  
Titelgestaltung: Rembert Stolzenfeld



# Deutsche Polizei



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
185.305 Exemplare  
ISSN 0949-2844



**Inhalt:**  
100% Recyclingpapier  
Umschlag:  
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung

**Nr. 8 • 54. Jahrgang 2005 • Fachzeitschrift  
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft der Polizei,  
Forststraße 3a, 40721 Hilden,  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,  
Fax (0211) 7104-222  
**Homepage des Bundesvorstands der GdP:**  
<http://www.gdp.de>

**Redaktion Bundesteil:**  
Marion Tetzner  
(verantwortliche Redakteurin)  
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,  
Stromstraße 4, 10555 Berlin,  
Telefon (030) 39 99 21 - 114  
Fax (030) 39 99 21 - 190  
**E-Mail:** [gdp-redaktion@gdp-online.de](mailto:gdp-redaktion@gdp-online.de)

**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen  
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen  
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir  
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung**

Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** [vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de](mailto:vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de)

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Lothar Becker

**Anzeigenleiter:**  
Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

## BADEN-WÜRTTEMBERG:

### Warnstreik

Am Donnerstag, dem 23.6.2005 hatten ver.di, GEW, GdP und die Tarifunion des dbb in Baden-Württemberg zum Warnstreik der Landesbediensteten aufgerufen. Rund 6.000 Bedienstete aus der Polizei, den Universitätskliniken, der Finanz-



Rüdiger Seidenspinner bei seiner Auftaktrede. Foto: Kircher

verwaltung, den Staatstheatern Karlsruhe und Stuttgart und den Schulen aus ganz Baden-Württemberg waren dem Streikaufruf gefolgt und sind nach

Stuttgart zu Protestmarsch und Kundgebung auf dem Schlossplatz gekommen. Die Teilnehmer forderten, den TVöD Bund und Kommunen auch für die Bediensteten der Landesverwaltung zu übernehmen.

Der stellvertretende GdP Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner verurteilte in seiner Auftaktrede die teilweise versuchte Einflussnahme mancher Dienststellenleiter auf die streikbereiten Kolleginnen und Kollegen. Rüdiger Seidenspinner bezeichnete die Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, von den Datenstationen, aus dem Schreibdienst und vielen anderen Betätigungsfeldern als das Öl im Motor der Polizei, denn ohne Öl läuft gar nichts mehr.

Er forderte Ministerpräsident Günter Oettinger auf, endlich für Klarheit zu sorgen. Sonst war der Warnstreik erst der Anfang, dies sei keine Drohung, sondern ein Versprechen.

Weitere Informationen im Landesteil.

Wolfgang Kircher

## MEHRWERTSTEUER:

### Polizistinnen und Polizisten besonders belastet

Die Gewerkschaft der Polizei lehnt die von der Union geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer als erneute einseitige Belastung der Beamtinnen und Beamten ab. Während die übrigen Beschäftigten eine zumindest teilweise Entlastung über die geplante Absenkung der Arbeitslosenbeiträge haben werden, kann eine solche Kompensation bei Beamtinnen und Beamten nicht stattfinden (siehe auch Seite 22). Zählt man zur Erhöhung der Mehrwertsteuer noch die Pläne zur Aufhebung der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen und die ebenfalls diskutierte Strei-

chung der Pendlerpauschale hinzu, wird bei den Beamtinnen und Beamten besonders deutlich zugeht. Konrad Freiberg machte u. a. in einer Pressemitteilung in aller Deutlichkeit darauf aufmerksam: „Unsere Beamtinnen und Beamten bei der Polizei haben zahlreiche Einkommensverschlechterungen, wie die Streichung bzw. Absenkung des Urlaubs- und des Weihnachtsgeldes bereits hinnehmen müssen. Auch bei der Altersvorsorge geht es seit Jahren bergab. Die neuen Pläne machen für uns Polizeibeamtinnen und -beamten das Maß voll.“

red

## GDP-FORDERUNG:

### Einheit der Polizei nicht gefährden

Die Reihe der Gespräche mit den Ministerpräsidenten der Länder hat der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg mit einem Besuch bei Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck im Juli fortgesetzt. Freiberg äußerte seine Sorge über das zunehmende Auseinanderdriften der Polizei in Deutschland.

Freiberg: „Die Bundeseinheitlichkeit der Besoldung und Versorgung hat sich bewährt. Eine Verlagerung auf die Länder lehnen wir ab. Weiter entsteht derzeit ein Flickenteppich von unterschiedlichen Uniformen; unterschiedlichen Farben der Streifenwagen, Unterschieden in der Technik, den Personalstärken und den Polizeigesetzen. Bewertung, Bezahlung, Ausbildung und Arbeitszeit driften auseinander. Das ist weder den Bürgern noch den Beschäftigten der Polizei zuzumuten.“

Schon jetzt sei klar, so Freiberg, wer die Verlierer dieser Entwicklung seien: „Vor allem die finanzschwächeren Bundesländer haben das Nachsehen, da sie in Zukunft nicht mehr die Qualität an Polizeiarbeit leisten können, die die Bürger von ihnen erwarten.“ Auch für die zunehmenden Länder übergreifenden Einsätze sieht der GdP-Vorsitzende ein künftiges Desaster voraus. Freiberg: „Wie sollen die zahlreichen Großlagen künftig gemeistert werden, wenn die eingesetzten Kräfte feststellen, dass sie für die gleiche Arbeit zu Hause immer unterschiedlicher be-

zahlt werden. Das wirkt sich negativ auf die Motivation aus.“

Auch Ministerpräsident Platzeck betonte, dass es im Zeitalter der Europäisierung und Globalisierung keinen Rückfall in die Kleinstaaterei geben dürfe.

Weitere Gesprächsthemen waren Fragen der Beamtensbesoldung, der Übernahme des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst in den Ländern und die Föderalismusreform. Zur Be-



GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg und Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck vor dem Gespräch. Foto: Holecsek

kämpfung der Schattenwirtschaft und des Lohn-Dumpings warb der GdP-Vorsitzende dafür, die neue Behörde „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ zu einer schlagkräftigen Finanzpolizei auszubauen. „Die bisherigen Erfolge der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sind beachtlich. Ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland kann nur durch eine Behörde erzielt werden, in der alle Vollzugsdienste des Zolls zusammengeführt sind.“ Die Verfolgung von illegaler Beschäftigung und Schattenwirtschaft durch eine einzelne, mit polizeilichen Befugnissen ausgestattete Behörde sei effektiver zu bewerkstelligen, sagte der GdP-Vorsitzende. hol



## NIEDERSACHSEN:

### Polizei soll Digitalfunk „erarbeiten“



9. Juli 2005, Landesparteitag der CDU in Emden: Ministerpräsident Christian Wulff im Gespräch mit GdP-Kollegen zum Thema Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Verbindlich im Ton, knallhart in der Durchsetzung des absurden Sparbeschlusses, Polizisten den Digitalfunk selbst bezahlen zu lassen. Foto: Reiner Fischer

„Die in Niedersachsen durch das Kabinett beschlossene Erhöhung der Lebensarbeitszeit ab 2009 um ein Jahr und 2010 um zwei Jahre damit zu begründen, dass die Einführung des Digitalfunks ab 2006 20 Millionen Euro erforderlich macht, ist eine ausgemachte Sauerei!“, sagte Landesvorsitzender Bernhard Witthaut den verantwortlichen Politikern und den Medien.

Dass Polizisten nun ihr berufliches Handwerkszeug selbst finanzieren müssen, ist in dieser Republik einmalig. Dass bereits ab 2006 statt 560 nur 144 Polizeianwärter

eingestellt werden, wird spätestens in drei Jahren die Personalsituation in Niedersachsen erheblich verschärfen. Und das unter einer Landesregierung, die immer noch behauptet, die Innere Sicherheit besitze für sie auch künftig Priorität.

Die ständig von Ministerpräsident Wulff und Innenminister Schünemann geäußerte Gesprächsbereitschaft mit den Gewerkschaften hat sich auch beim Thema Lebensarbeitszeit wieder einmal als hohle Phrasen herausgestellt.

Rf

## VERABSCHIEDUNG:

### Wolfgang Dicke und Bernd Böwing gehen in den Ruhestand

Wenn in der DP ein Artikel zu Waffen, Waffenrecht, internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der Polizei zu lesen war, dann war er meist mit dem Kürzel W. D. unterzeichnet. – Ein Markenzeichen für den Kenner der Materie: **Wolfgang Dicke**.

Seine Verdienste um die Entwicklung der UTSP bis hin zur heutigen Organisation EuroCop sind legendär, seine Kenntnisse in der Waffentechnik und im Waffenrecht höchst anerkannt.

Als Geschäftsführer hat Wolfgang Dicke es verstanden, ein konstruktives Klima in der Bun-

geschritten ist, dass bereits Gesetzesänderungen angedacht sind, ist übrigens maßgebliches jüngstes Verdienst von W. D.

Auch **Bernd Böwing** wird sich fortan als Ruheständler bezeichnen. Der ausgebildete Polizist war seit 1974 Jugendsekretär in der GdP, später Organisationssekretär – stets hoch engagiert für gewerkschaftliche Inhalte. Mit seinem professionalisierten



Fotos: Dicke, Michael

Organisationstalent hat er Maßstäbe gesetzt und seine vielen Ideen prägten die gewerkschaftliche Arbeit der GdP maßgeblich.

Beiden jungen Ruheständlern dankt die GdP für ihre jahrelange unermüdliche Gewerkschaftsarbeit und wünscht viel Gesundheit und Wohlergehen im verdienten Ruhestand.

GdP-Bundesvorstand

desgeschäftsstelle zu prägen und selbst kleine Belange der Mitarbeiter stets wichtig zu nehmen.

Nun geht Wolfgang Dicke in den Ruhestand – bleibt aber der GdP für das Waffen-Gebiet auf alle Fälle als Berater und Autor erhalten. Dass die gegenwärtige Diskussion um die Soft-Air-Waffen in unserem Land so weit fort-

## ARBEITSSCHUTZ:

### A+A 2005

Vom 24. bis zum 27. Oktober wird die im zweijährigen Turnus stattfindende Arbeitsschutzausstellung „A+A“ auf dem Düsseldorfer Messegelände stattfinden. Auf dieser Fachmesse ist nahezu alles, was mit Arbeitsschutz zu

tun hat zu sehen – angefangen von persönlichen Ausstattungsgegenständen bis hin zu Dienstleistungsangeboten wie z. B. der externen Betreuung.

Kernstück der A+A ist der Arbeitsschutzkongress, der parallel zur Messe läuft und eine Reihe von Vorträgen, Gesprächszirkeln und Vorführungen, auch für die Belange des öffentlichen

Dienstes, anbietet. Näheres hierzu kann auf der Homepage der BASI e.V (Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit) ([www.basi.de](http://www.basi.de)) eingesehen werden.

Viele der Vortragsangebote des Kongresses beinhalten notwendige Kenntnisse für die Betriebs- und Personalratsarbeit. Sie sind insofern gem. § 37 Abs.

6 BetrVerfG sowie § 46 Abs. 6 BPersVG berücksichtigungsfähig.

Die GdP ist über die Dauer der Messe am Gemeinschaftsstand der DGB-Gewerkschaften vertreten. Die Kollegen würden sich freuen, dort die eine oder den anderen Vertreter/in aus den Polizeipersonalräten begrüßen zu können.

hjm

## Stehen wir uns selbst im Wege?

„Der islamistische Extremismus und Terrorismus stellen die größten Bedrohungen der Inneren Sicherheit dar – weltweit und auch in Deutschland“, so Otto Schily in seinem Statement zum Verfassungsschutzbericht 2004.

Die Londoner Anschläge, die von Bagdad, Musajib und Kusadasi bestätigen seine Aussage auf dramatische Weise.



Aber was machen wir in Deutschland?

- Der Ruf nach mehr Sicherheit wird allerorten laut – aber nicht um den Preis der Einschränkung von Bürgerrechten, fordern einige lautstark!

- Im Parlament wird der EU-Haftbefehl einmütig abgesegnet – das Bundesverfassungsgericht aber erklärt das deutsche Gesetz für verfassungswidrig.
- Gefordert wird seit langem eine gemeinsame Anti-Terror-Datei von Polizei, Verfassungsschutz und BND – einen entsprechenden Gesetzentwurf des Bundesrates hat der Bundestag wegen datenschutz- und verfassungsrechtlicher Bedenken gestoppt.

Die Bundesregierung hat

ebenfalls einen Entwurf vorgelegt.

- An Kommunikationsmitteln hapert es bei der Polizei seit langem – insbesondere am abhörsicheren Digitalfunk.
- Die akustische Wohnraumüberwachung wurde stark eingeschränkt, die Kronzeugenregelung abgeschafft und die Personalkürzungen bei der Polizei nehmen kein Ende – dafür soll die Bundeswehr im Innern bei der Terrorbekämpfung Hilfspolizei spielen, wenn es nach einigen „Sicherheitsexperten“ ginge.

Das nennt man dann: Alles tun, um Anschläge zu verhindern?

Otto Schily hat nach dem 11. September 2001 seine beiden Sicherheitspakete durchgesetzt, deren Gültigkeit erst einmal bis 2007 verlängert wurden und wir stellen uns hinter seine Forderung, weitere Sicherheitsmaßnahmen (ein „drittes Sicherheitspaket“) auf den Weg zu bringen. Denn es gibt noch eine Reihe von Sicherheitslücken. Wir brauchen

für unsere effektive polizeiliche Arbeit in der Terrorismusbekämpfung insbesondere eine neue Kronzeugenregelung, eine zentrale Anti-Terror-Datei und die gesetzliche Verpflichtung, dass die Netzanbieter die gespeicherten Telekommunikationsverbindungsdaten langfristiger aufbewahren müssen.

Darüber hinaus ist die schnelle Einführung des abhörsicheren Digitalfunks unbedingt nötig. Wir wissen doch selbst, dass viele Polizistinnen und Polizisten mit ihrem Privathandy telefonieren, wenn das analoge Funkgerät nicht geht. Beim Anschlag in Madrid hat sich aber gezeigt, dass bei solchen Katastrophen die Handynetze zusammenbrechen.

Bei der immerwährenden Diskussion um Aspekte der Inneren und äußeren Sicherheit werden wir uns nach wie vor nicht einverstanden erklären, die Bundeswehr auch im Inneren einzusetzen – außer in den im Grundgesetz eingeräumten Möglichkeiten in Katastrophenfällen (zur Unterstützung der Polizei). Hilfspolizisten aus der Bundeswehr lehnen wir mit aller Konsequenz ab.

Ich hoffe sehr, dass in den Beratungen der zu erwartenden neuen Sicherheitsmaßnahmen („neuen Sicherheitspaketes“) ein breiter Konsens in Bund und Ländern nicht nur in der Einschätzung der terroristischen Bedrohung besteht, sondern auch in der Einsicht, dass die Polizei für ihren Auftrag ausreichend gesetzliche Regelungen, eine gute Ausstattung und genügend gut ausgebildete Leute im Bund und in den Ländern braucht. Und ich hoffe, dass die notwendigen Maßnahmen nicht im politischen Streit über Zuständigkeiten und Ausweitung von Befugnissen zerredet und zerrieben werden.

Islamistischer Terrorismus, Terroranschläge und deren Planung in Deutschland sind Schwerkriminalität. Und Kriminalitätsbekämpfung ist nun mal Sache der Polizei und muss daher auch unter ihrer Federführung bleiben.

Wir haben unsere Forderungen an die Politik im GdP-Positionspapier (s. S. 6 bis 12) dargelegt und begründet. Natürlich respektieren wir die Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichts. Aber eine effektive Sicherheitspolitik unter der gegenwärtigen Bedrohungslage nach dem Motto: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ kann und wird es perspektivisch nicht geben.

**Zu: Leserbrief von  
Torsten Burfeind,  
DP 7/05**

Unverständnis bemächtigt sich meiner, wenn ich einen Leserbrief wie den Ihren lese. Hauptaufgabe des BGS, jetzt BPol, ist und war nicht nur der Schutz der Außengrenzen, sondern sind u. a.: Grenzpolizei, Bahnpolizei, Luftsicherheit, Küstenwacht, Objektschutz im In- und Ausland, Auslandsverwendungen im Rahmen internationaler Missionen und so weiter und so fort. Die Liste ist lang. Das beinhaltet auch die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und Straf- und Verbrechenstatbeständen im eigenen Zuständigkeitsbereich. Und dies schon seit Jahrzehnten. Der Name ändert daran nichts, sondern trägt lediglich der Tatsache Rechnung, dass es den klassischen Grenzer am Schlagbaum der BRD bald nicht mehr geben wird. EU-Osterweiterung und Schweizer „Ja“ zu Schengen lassen grüßen. Ich bin schon immer Polizei-vollzugsbeamter des Bundes gewesen und werde das auch bleiben.

Auf gute Zusammenarbeit; zwischen Landes-, Bundes-, und Bundesfinanzpolizei. Das gefiele bestimmt auch dem Bürger.

*Florian Klein, per E-Mail*



Alle beim ehemaligen BGS – und jetzt Bundespolizei – hatten ernsthaft gedacht, die Zeit der ewig Gestrigen wäre endgültig ad acta gelegt. Ihr Leserbrief, Herr Torsten Burfeind, hat mich leider eines Besseren belehrt. Ich frage mich ernsthaft, wo verrichten Sie Ihren Dienst und wo nehmen Sie bei der derzeitigen Gefährdungslage auf der ganzen Welt (aktuell London) und insbesondere auch in Deutschland das Recht her, hier von einem „Wunsch des Bundesinnenministers“ zu sprechen?

Otto Schily hat richtig erkannt, dass das Spektrum der Bundespolizei diesen Namen verdient. Wir verweisen auch nicht permanent auf die zuständigen Kollegen der Landespolizei, wenn es darum geht, dem Bürger in einer Notlage zur Seite zu stehen.



Sollte Ihnen das entgangen sein: Auch Bundespolizisten sind Polizisten, die ihr Handwerk nicht nur an der Grenze verstehen – dies beweisen die vielen gemeinsamen Ermittlungsgruppen mit den Länderpolizeien und dem Zoll.

Den Bundesländern zu unterstellen, sie würden zugunsten des Bundes aus Kostengründen auf zustehende Rechte verzichten, halte ich für wenig hilfreich und bedeutet für mich, dass Ihnen die Arbeit an der polizeilichen Basis offensichtlich völlig fremd ist.

**Roland Bäß, per E-Mail**

## **Zu: Leserbrief vom Kollegen Kossin, DP 6/05**

Es ist nicht akzeptabel, was im so genannten 3. Reich geschehen ist und das gilt auch für überall in der Welt geschehene und verbüßte Schlachten und Kriege und der damit verbundenen Gräueltaten – aus welchen machtpolitischen, religiösen oder anderen, von Herrschenden vorgegebenen Gründen auch immer – seitdem der Mensch eine Geschichtsschreibung begann. Bei dieser Kenntnis stellt sich daher die Frage, ob verwendete Bezeichnungen, Namensgebungen, Worte oder Begriffe der Vergangenheit (*hier: Sondereinsatzkommando statt Spezialeinsatzkommando, die Red.*) gewisser-

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

### **Kontakt zur Redaktion:**

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-114  
Fax: 030/39 99 21-190  
E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.de**

maßen für die Untaten von Menschen herhalten müssen oder sollen und deren bewusste oder unbewusste Verwendung kritisch und genauestens beobachtet und beurteilt wird. So schrecklich zurückliegende Ereignisse auch waren, sollte doch kein ständiges, Schuld zuweisendes „Aufwärmen“, Vergleichen und Gegenüberstellen erfolgen, zumal laut Duden das Wort „Spezial“ auch „Sonder“ bedeutet. Heutigen unbedarften Generationen, samt Zu- und Einwanderern sind solche Vergleiche und Eingebungen fremd und oft ohne Bezug und was müsste oder sollte man alles nicht verwenden dürfen, was mit der Silbe „Sonder-“ beginnt. Deshalb Erinnerungen und geschichtliche Wertung ja – aber nicht bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die übertriebene Aufarbeitung eines Hauches der Vergangenheit Deutschlands oder anderer Völker.

**Dieter Tendick,  
Waldfishbach-Burgalben**

## **Zu: Die Altersversorgung der Beamten im Visier der Populisten, DP 7/05**

Der Kommentar von unserem Bundesvorsitzenden hat bei mir beinahe die Hutschnur zum Platzen gebracht. Natürlich hat er Recht, aber was bitte schön setzt die Gewerkschaft dagegen?

Seit nunmehr 23 Jahren bin ich in Gewerkschaften organisiert, weil ich der Meinung bin, dass meine Interessen nur in der Gemeinschaft wirkungsvoll vertreten werden können. Ich bin in der Gewerkschaft, damit für mich etwas zum Positiven bewegt wird und nicht, damit ich mir von Jahr zu Jahr Gewerkschaftspolemik und Geschwafel anhören muss.

Was interessiert mich die Einführung einer blauen Uniform oder die Umbenennung einer Polizei von BGS in Bundespolizei. Das ist doch völlig sekundär. Mich interessiert vor allem

1. Wie sieht es in Zukunft mit meiner Pension aus?

2. Wie werde ich zukünftig bezahlt – wie will man meine Leistung messen, um mich gerecht zu bezahlen (angesprochen ist hier das neue Beamtenstrukturgesetz)?

3. Muss ich weiterhin damit rechnen, dass mir durch die Hintertür immer mehr Geld aus der Tasche gezogen wird, ich aber im Ausgleich dafür länger arbeiten „darf“?

Das sind für mich und für meine Kollegen existentielle Sorgen, um die sich bitte schön meine Gewerkschaft kümmern soll.

Wofür bezahle ich eigentlich vierteljährlich knapp 60 Euro? Eine Gewerkschaftspostille und ein Flyer hier und da sind das nicht wert.

Ich erwarte, dass über die Auswirkungen gründlich mit Beispielen etc. informiert wird und auch informiert wird, warum die Ge-

werkschaft nichts dagegen machen konnte bzw. wollte. Ich erwarte, dass sich nicht jede Gewerkschaft in der Polizei irgendeine Errungenschaft auf die Fahne schreibt, weil sie der Meinung ist, damit besser zu punkten.

Vielmehr erwarte ich, dass sich alle Gewerkschaften zusammensetzen und sich gemeinsam mit ihrem Gewicht einbringen, um den Kahlschlag bei den Beamtenpensionen und den Änderungen bei der Wochen- und Lebensarbeitszeit und sonstigen Einschnitten zu verhindern.

**Michael Köster, Hockenheim**

## **Warum prozentuale Erhöhungen?**

**Bei allen Tarifverhandlungen, an die ich mich in meiner fast 30-jährigen Berufserfahrung erinnern kann, wurden die Löhne und Gehälter prozentual erhöht. So auch zuletzt wieder beim Abschluss der IG-Metall.**

**Meiner Meinung nach stellen solche Abschlüsse eine nicht mehr zu tragende Ungleichbehandlung der Arbeitnehmer dar, da die effektive Lohn-/Gehaltssteigerung bei niedrigeren Einkommen auch dementsprechend niedriger ausfällt.**

**Heinrich Zettl,  
VPI Regensburg**

Die Frage nach anderen als linearen Forderungen für Einkommensrunden beschäftigt uns immer wieder – als GdP, als öffentlicher Dienst und als Gewerkschaften insgesamt. Seit fast dreißig Jahren entscheiden wir uns dann für lineare Forderungen. Der Grund liegt darin, dass mit Sockel-, Fest-, Höchst- oder Mindestbeträgen die unteren Einkommensgruppen überproportional betroffen werden. Solche Forderungen machen also Sinn, wenn die unteren Einkommensbereiche besonders angehoben werden müssen, hier also ein Nachholbedarf besteht.

Dies ist aber im öffentlichen Dienst gerade nicht der Fall. Die unteren Einkommensgruppen im öffentlichen Dienst werden besser bezahlt als in der Privat-

wirtschaft. Unter anderem aus diesem Grund haben die Arbeitgeber auch angefangen, hier zu privatisieren. Angefangen bei den Putzfrauen ...

Letztendlich mussten wir aus dem gleichen Grund die neue Entgeltgruppe 1 im neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) einfügen, um dem gerecht zu werden. Mit Forderungen nach linearen Erhöhungen oder sozialen Komponenten, die tabellenwirksam werden, werden also ausschließlich tarifpolitische Entscheidungen getroffen. Sozialpolitische oder steuerpolitische Veränderungen oder „Fehler“ kann und will Tarifpolitik nicht ausgleichen. Sonst würden uns bei einer Anhebung des Kindergeldes, Steuererleichterungen usw. die Arbeitgeber die eingesparten Beträge „anrechnen“ wollen. Deshalb bleibt die Tarifpolitik im Rahmen ihrer Zuständigkeit, und hat die Frage zu stellen, welche Bezahlung für die entsprechende Ausbildung, Tätigkeit und Qualifikation erreicht werden kann. Das hängt natürlich auch von der gewerkschaftlichen Durchsetzbarkeit ab. Unabhängig davon werden wir auch zur nächsten Einkommensrunde die Frage nach der „richtigen Art“ der Forderung stellen. Diese Antwort muß dann die Große Tarifkommission geben.

**kör.**

# Positionen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus

**Allerspätestens seit Madrid dürfte auch der letzte Skeptiker begriffen haben, dass der islamistische Terrorismus Europa erreicht hat. Aber noch immer hadert Deutschland in wichtigen Fragen des effektiven Gegensteuerns. Während Otto Schily bereits im vergangenen Jahr ein drittes Sicherheitspaket forderte, geht der Streit zwischen den Parteien weiter: Wie viel Kompetenz darf sicherheitspolitisch in einer Hand liegen? Wie könnte man eine gemeinsame Anti-Terror-Datei aller Sicherheitsbehörden gestalten und wie könnte die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr im Terrorismus-Fall und in der Prävention aussehen. Inzwischen bereiten Djihadisten vielfach unerkannt und unbeobachtet das Feld für neue Anschläge vor.**

Bereits 2001 hat die GdP ihr erstes Positionspapier zum islamistischen Terrorismus festgeschrieben. Die veränderte Lage forderte nun eine Aktualisierung. Eine Arbeitsgruppe der GdP hat das Papier Ende Juni aktualisiert. Inzwischen haben die Ereignisse in London gezeigt, wie gegenwärtig die Bedrohung Europas – und damit auch Deutschlands – durch den islamistischen Terrorismus ist.

Im Folgenden die wichtigsten Punkte des Positionspapiers:

## Zur Gefahrendimension

In vielen muslimischen Ländern wächst die generelle „anti-westliche“ Stimmung weiter an. Die von Bin-Laden kultivierte Sicht, dass der Islam durch imperialistische Hegemonialbestrebungen der westlichen Kreuzritter bedroht sei, ist für viele desillusionierte Muslime unverändert attraktiv.

Eine solche Situation bietet terroristischen Gruppen den Nährboden für die Rekrutierung fanatischer Muslime, die als Terroristen ausgebildet und eingesetzt werden sollen. In Trainingslagern des Terrornetztes Al-Qaida

sind nach Schätzungen des Bundeskriminalamtes rund 70.000 Männer zu Glaubenskriegern ausgebildet worden.

Sie wollen bei ihren Aktionen möglichst viele Menschen umbringen, um ein Höchstmaß an

Angst zu verbreiten. Nichts soll mehr sicher und nahezu alles denkbar erscheinen. Dazu gehört der Einsatz von biologischen und chemischen Waffen oder auch von „schmutzigen Bomben“ (mit atomverseuchtem Material).

Bedroht ist die gesamte lebensnotwendige Infrastruktur unserer westlichen Industriestaaten. Von der Verseuchung unserer Wasserversorgung, über die Bedrohung der Kernkraftwerke bis zum Cyber-Krieg (Internet-Angriff auf unsere gesamte Infrastruktur).

Weltweit wird inzwischen von einem Krieg gegen den islamistischen Terrorismus gesprochen. Ohne Zweifel verlangt dieser auch den Einsatz von Militär. Bei uns in Deutschland hingegen sprechen wir überwiegend bei der Bekämpfung des Terrorismus – vom Grundsatz her über eine polizeiliche Aufgabe. Doch ins-

besondere bei den Einsätzen in den internationalen Krisenherden verwischen sich zunehmend die bisherigen Trennungslinien zwischen dem Einsatz polizeilicher und militärischer Mittel.

Darüber hinaus nimmt die Zusammenarbeit/Arbeitsteilung zwischen der OK und dem Terrorismus zu. So gibt es zahlreiche Hinweise (insbesondere des BND), dass Al-Qaida-Angehörige auf die Hilfe von OK-Kriminellen bei der Beschaffung von falschen Dokumenten, bei Schleusungen oder bei der Waffen- und Sprengstoffbeschaffung zurückgegriffen haben.

## Bedrohungslage in Deutschland

Obwohl durch die Sicherheitsbehörden die Gefahren durch den islamistischen Terrorismus



**Die Sicherheitsmaßnahmen auf deutschen Flughäfen und Bahnhöfen wurden bereits nach Ausbruch des Irak-Krieges und noch einmal nach den Anschlägen in Madrid deutlich verschärft.**



für die Innere Sicherheit in den westlichen Staaten, für Europa und auch für Deutschland belegt werden können, werden diese in der Öffentlichkeit immer noch unterschätzt.

Doch Tatsache ist:

- dass seit der Festnahme des mutmaßlichen OBL-Finanzchefs Salim am 16.9.1998 deutliche Al-Qaida-Bezüge nach Deutschland erkennbar geworden sind,
- dass u. a. aus Deutschland die Vorbereitungen für die schrecklichen Anschläge in den USA ausgingen, sowie drei der insgesamt 19 ermittelten Täter stammten,
- dass in Hamburg die beiden weltweit ersten Prozesse gegen Terrorverdächtige für die grausamen Anschläge vom 11.9.2001 (USA) stattfanden: gegen Mzoudi und Motasadeq,
- dass nach dem Anschlag von Madrid auch Spuren nach Deutschland führten.

Die Erkenntnislage der Sicherheitsbehörden über die bestehenden Netzwerke des islamistischen Terrorismus hat sich zunehmend verbessert. Derzeit werden bundesweit mehr als 170 Ermittlungsverfahren mit islamistisch-terroristischem Hintergrund geführt.

Dabei ist immer deutlicher geworden, dass es in Europa eine starke Vernetzung im Bereich des islamistischen Terrorismus gibt. Nahezu bei jeder Festnahme gibt es Bezüge ins europäische Ausland. Deutschland ist ohne Zweifel ein Ruhe-, Rückzugs- und Vorbereitungsraum aber auch ein Zielland für islamistische Terroristen.

Laut Verfassungsschutzbericht 2004 sind von den über 3 Mio. in Deutschland lebenden Muslime in 24 islamistischen Organisationen 31.800 Personen eingebunden, von denen rd. 27.250 türkischer und rd. 3.300 arabischer Herkunft sind.

Grundsätzlich haben diese islamistischen Vereine nichts mit dem internationalen Terrorismus zu tun, gleichwohl werden ihre



hier in Deutschland verfestigten Strukturen missbraucht.

### **Bisherige sicherheitspolitische Konsequenzen**

Um die Bekämpfung des Terrorismus in Deutschland nachhaltig zu verbessern, wurden u. a. mit dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Terrorismusbekämpfungsgesetz umfangreiche Gesetzesänderungen und Sicherheitsmaßnahmen in Gang gebracht:

- Änderung des Vereinsgesetzes (Aufhebung des Religionsprivileges) – in der Folge Verbote gegen islamistisch-extremistische Organisationen („Kalifstaat“, „al-Aqsa e.V.“, „Hizb-ut Tahrir“),
- Einführung eines § 129 b StGB

(Ausweitung der Strafverfolgung auf Mitglieder ausländischer terroristischer Organisationen),

- neue Ermittlungskompetenzen für das BKA (schwere Fälle der Datensabotage),
- neue Kompetenzen für den Verfassungsschutz (Einholung von Auskünften bei Kredit- und Finanzinstituten zur Erforschung von Geldströmen, Auskünfte bei Kommunikationsdienstleistern),
- Personalverstärkungen – 1.450 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte und ca. 500 Verwaltungsstellen beim BGS; ca. 500 Stellen beim BKA (z. T. auch Personalverstärkung in den Bundesländern),
- durch Änderung des Pass- und Personalausweisrecht Schaffung der Grundlage für die Aufnahme biometrischer Merkmale in den Ausweisen,

**Als Reaktion auf die Terroranschläge in London hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, von den Muslimen eine deutliche Distanzierung von solchen Taten gefordert. Auch Bundesinnenminister Otto Schily und der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach haben die Moslems in Deutschland aufgefordert, sich aktiv gegen Islamisten zu stellen. 3,5 Millionen Muslime in Deutschland (950.000 haben einen deutschen Pass) sind in irgendeiner Weise organisiert.**

um die Sicherheit bei der Identifizierung von Personen zu erhöhen.

### **Verbesserung der Luftsicherheit:**

- Einsatz von bewaffneten Flugsicherheitsbegleitern in deutschen Flugzeugen,
- Einbau von schuss- und einbruchssicheren Cockpittüren,
- verschärfte Zuverlässigkeitsüberprüfungen,
- vollständige Kontrolle des aufgegebenen Gepäcks seit dem 1.1.2003,
- Einrichtung einer umfassenden Qualitätskontrolle der Luftsicherheitsmaßnahmen.

### **Regelungen im Zuwanderungsgesetz:**

- Erleichterte Abschiebungen: Eine Abschiebungsanordnung kann auf Grund einer Tatsachengestützten Gefahrenprognose verfügt werden; Ermessensausweisung bei geistigen Brandstiftern („Hasspredigern“); zwingende Ausweisung von Schleusern, wenn sie mit Freiheitsstrafe von über einem Jahr verurteilt wurden.
- Aufbau einer Warndatei für das Visumverfahren auf nationaler Ebene, falls eine entsprechende Datei auf europäischer Ebene bis 2006 keinen Erfolg haben sollte.
- Der Rechtsweg für Abschiebekandidaten wird in einer Instanz beim Bundesverwaltungsgericht gewährleistet.
- Falls der Vollzug der Abschiebung an Abschiebehindernissen scheitert (Folter, Todesstrafe), sollen Meldeauflagen, Einschränkungen der Freizü-



gigkeit und Kommunikationsverbote erhöhte Sicherheit bringen.

- Verpflichtung des Ausländers bei Einbürgerung, Vorstrafen im Ausland bekannt zu geben.

### Auf europäischer Ebene:

- Beschluss eines europäischen Aktionsplanes,
- konsequente Einföhrung eines europäischen Haftbefehls,
- einheitliche Definition des Begriffes „Terrorismus“,
- neue Zuständigkeit für Europol

### Weitere Maßnahmen:

- Im Dezember 2004 hat in Berlin das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum seine Arbeit aufgenommen (ca. 150 Mitarbeiter). In diesem Zen-

### Bestehende Sicherheitsdefizite

Auch wenn die bereits umgesetzten Sicherheitskonzepte in Teilen zu Erfolgen geführt haben, besteht nach wie vor Handlungsbedarf, da wesentliche Forderungen der Sicherheitsbehörden bisher nicht umgesetzt worden sind:

- Die weltweit ersten Prozesse gegen Terrorverdächtige der Anschläge vom 11.9.2001 in Hamburg verliefen äußerst unbefriedigend: Mzoudi ist freigesprochen worden, das Gerichtsverfahren gegen Motassadeq ist noch immer im Gange. Es mangelt z. T. an Beweisen, über die die USA zwar verfügen, jedoch den deut-

recht behindert eine effektive Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Bereich der Datenerhebung und -verarbeitung zur Gefahrenabwehr.

- Der Datenschutz erschwert darüber hinaus den notwendigen Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden untereinander (z. B. gemeinsame Datenpools von Polizei und Verfassungsschutz).
- Die Zusammenarbeit zwischen BKA/BGS, MAD, BND, BfV, und den Länderpolizeien und Landesämtern für Verfassungsschutz ist nach wie vor verbesserungsbedürftig.
- Bei der Polizei fehlt durch drastische Kürzungen dringend benötigtes Personal. In den letzten fünf Jahren wurden ca. 7.000 Polizistenstellen in den

„Vorhandene Instrumente werden schlecht genutzt, getroffene Entscheidungen nicht umgesetzt, gemeinsame Ziele zu unklar definiert“.

- Europol wird von vielen Ländern immer noch unzureichend mit Informationen in Sachen Terrorismus versorgt.
- Eine konsequente Verknüpfung internationaler Erkenntnisse, z. B. durch eine enge Zusammenarbeit mit den USA, ist nicht erkennbar.

### Strategische Erkenntnisse und Vorüberlegungen

Es ist entscheidend, dass man sich von der in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Vorstellung weit verbreiteten Vorstellung verabschiedet, bei den Terroristen handele es sich um so genannte „Schläfer“, die eine Kampfausbildung erhalten haben und dann nach Deutschland geschickt wurden, wo sie nun legal und unauffällig leben, bis sie dann plötzlich einen Terroranschlag verüben. Al-Qaida hat sich längst von einer Organisation zu einer globalen Bewegung entwickelt. Die größte Gefahr geht daher von geheim operierenden, lokalen Terrorzellen aus, die Anschläge in eigener Regie planen und durchführen (Non-aligned-Mudjahedin-Gruppen). Die Mitglieder dieser Zellen sind nur schwer erkennbar, da sie sich überwiegend in ethnisch und religiös geschlossenen Bevölkerungsgruppen bewegen.

Die Polizei ist mit dem gegenwärtigen Personalbestand nicht einmal in der Lage, die bekannten Gefährder zu überwachen.

Der Öffentlichkeit wird mit Scheinvorschlägen getäuscht. So mit dem Vorschlag des Einsatzes der Bundeswehr im Innern (zum Objektschutz), der Schaffung einer Nationalgarde und einer Heimatschutzbehörde.

- Der nach dem 11.9.2001 verabschiedete europäische Aktionsplan wird nur sehr schleppend umgesetzt.
- Polizei- und Justizsysteme in der EU sind extrem nationalstaatlich ausgerichtet und höchst unterschiedlich organisiert, was z. B. grenzüberschreitende Ermittlungen sowie operative Maßnahmen zumindest erheblich erschwert.
- Die Nachrichtendienste agieren auf europäischer Ebene nebeneinander her. EU-Außenminister Javier Solana:



**EU-Außenminister Javier Solanas nach dem Londoner Terroranschlag: „Wir dürfen in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen. Wir arbeiten daran jeden Tag, und in einer sehr engen Abstimmung mit allen EU-Ländern.“**

trum werden die Spezial- und Analyseeinheiten des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz zusammengeführt. Der Bundesnachrichtendienst, die Landeskriminal- und Verfassungsschutzämter, der Bundesgrenzschutz (neu: die Bundespolizei), das Zollkriminalamt und der Militärische Abschirmdienst werden in die Arbeitsläufe eingebunden.

- Auf Initiative von Innenminister Schily hat die Innenministerkonferenz im März dieses Jahres beschlossen, bis 2010 ein gemeinsames Digitalfunknetz für die Polizeien aufzubauen.

schen Behörden nicht zur Verfügung stellen.

- Es fehlen die Harmonisierung der Polizeigesetze, insbesondere im Bereich der verdeckten Ermittlungen, rechtliche Voraussetzungen für den Eingriff in die Kommunikationsstrukturen des internationalen Terrorismus und eine Kronzeugenregelung.
- Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist der so genannte Lausangriff aktuell kaum anzuwenden.
- Es gibt Probleme bei der Abschiebung von Terrorverdächtigen bzw. Personen von denen eine Gefahr ausgeht.
- Das bestehende Datenschutz-

Die bisherigen Ermittlungen haben darüber hinaus gezeigt, dass die islamistischen Terroristen über internationale Verbindungen verfügen.

Nach vielfältigen Erkenntnissen weltweit bestehen Verbindungen zwischen organisierter Kriminalität und dem islamistischen Terrorismus, indem z. B. Terrorzellen die vorhandenen OK-Strukturen für ihre Zwecke ausnutzen. So haben Al-Qaida-Mitglieder auf professionelle Dokumentenfälscher und Schleusungshelfer zurückgegriffen.

Fortsetzung Seite 10





fen. Auch Waffen und Sprengstoff beschafften sich Terroristen von organisierten Banden. Eine wichtige Finanzierungsquelle für die Terroristen ist der Drogenanbau in Afghanistan.

Diese Erkenntnisse aus den bisherigen Ermittlungen erfordern eine neue strategische Ausrichtung der Sicherheitsbehörden:

- Die Vorfeldermittlungen müssen für die Sicherheitsbehörden Priorität haben. Es geht in erster Linie um die Verhinderung von Terroranschlägen. Dazu gehören das Erkennen und die Zerschlagung der in Deutschland vorhandenen oder neu entstehenden Strukturen – auch und gerade temporärer – gewaltbereiter Islamisten.

men wie z. B. Versicherungen und Banken.

### Forderungen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus aus Sicht der GdP

Der islamistische Terrorismus kann nur durch ein umfassendes, strategisch angelegtes Konzept wirksam bekämpft werden. Dazu gehören die nachfolgenden vier Punkte.

#### 1. Bekämpfung der Hauptursachen des Terrorismus:

- Das Thema Hunger, Not und Chancengleichheit in der Welt muss in der Weltpolitik ver-

globalisierten Welt keine Antwort auf die Bedrohungen des Terrorismus.

#### 2. Beseitigung vorhandener Gesetzesdefizite:

- Schaffung einer Kronzeugenregelung,
- Regelausweisung auf der Grundlage des Ausländerrechtes bei Terrorverdacht (Gefahr für die öffentliche Sicherheit) und Verkürzung des Instanzenweges,
- stringente Handhabung der Abschiebehaft,
- ersatzweise Einengung der Reisefreiheit, falls Abschiebung nicht sofort möglich ist,
- Ausweitung des genetischen Fingerabdruckes als Regemaßnahme der ED-Behandlung,

- längere Aufbewahrungsfristen von Kommunikationsdaten,
- Schaffung eines praxisingerechten Datenschutzes zur Ermöglichung effektiver Datenerhebung, -verarbeitung und -übermittlung zur Gefahrenabwehr,
- Harmonisierung der Polizeigesetze, insbesondere für den Einsatz von VP und VE sowie der Wohnraumüberwachung im Bereich der Gefahrenabwehr,
- Schaffung bundeseinheitlicher rechtlicher Voraussetzungen für den Eingriff in die Kommunikationsstrukturen des internationalen Terrorismus (z. B. Telekommunikationsüberwachung zur Gefahrenabwehr, längere Aufbewahrungsfristen von Verbindungsdaten).

#### 3. Verbesserung der polizeilichen Arbeit:

- Stärkung des gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) in Berlin,

- Einrichtung von gemeinsamen Dateien der deutschen Sicherheitsbehörden zur Beobachtung und Bekämpfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus (Anti-Terror-Dateien),
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Nachrichtendiensten auf nationaler und internationaler Ebene (Optimierung vorhandener Strukturen, Netzwerke der Sicherheitsbehörden),
- Verbesserung der Identitätsprüfung im Reiseverkehr sowie der Fälschungssicherheit von Ausweisdokumenten durch den Einsatz technisch sicherer biometrischer Mittel, z. B.
  - bei der Kontrolle der einreisenden Personen,
  - bei Visa und Aufenthaltstiteln und
  - bei Pässen und Personalausweisen,
- schnellstmögliche bundesweite Einführung des Digitalfunks bei der Polizei,
- personelle Stärkung der Polizei, das bedeutet:
  - keinen weiteren Stellenabbau,
  - angemessene Einstellungen,
  - bedarfsgerechte Ausbildung,
- Gewinnung externer Fachkompetenz (z. B. Islamwissenschaftler, sprachkundige Mitarbeiter),
- Vermeidung des so genannten „Tischdeckeneffektes“ (zusätzliche Aufgaben benötigen auch zusätzliches Personal).

Der internationale islamistische Terrorismus ist eine bislang nicht bekannte Herausforderung für die Sicherheitsbehörden weltweit. Wer sich auf die Fahnen schreibt, ihn angemessen bekämpfen zu wollen, der muss auch Sorge dafür tragen, dass die Sicherheitsbehörden entsprechend personell und materiell ausgestattet und so in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben sachgerecht zu erfüllen.



Am 14.12.2004 stellte Bundesinnenminister Otto Schily (2. v. r.) neben Bundeskriminalamtpräsident Jörg Ziercke (r.), Heinz Fromm (Präsident Bundesamt für Verfassungsschutz (2. v. l.) und August Hanning (Präsident Bundesnachrichtendienst) das neue Terrorabwehrzentrum in Berlin vor. Im neuen Zentrum in Berlin soll die Arbeit aller Sicherheitsbehörden koordiniert und ihre Informationen ausgetauscht werden.

Fotos: ddp

- Die Aufdeckung von Radikalisierungsstrukturen und -prozessen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Von zentraler Bedeutung ist daher die Zusammenarbeit aller Institutionen, die relevante Informationen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus beitragen können. Das umfasst Bundes- und Landesbehörden, Polizeien, Nachrichtendienste und Hilfsorganisationen, aber auch Unterneh-

stärkt in den Vordergrund gestellt werden.

- Der Terrorismus kann auf lange Sicht nur besiegt werden, wenn der Kampf gegen den Terror von einer offensiven geistig-politischen Auseinandersetzung begleitet wird.
- Umsetzung einer besseren Integration von Menschen, die aus anderen kulturellen und religiösen Zusammenhängen zu uns kommen – Ausgrenzung und Abschottung sind in einer





## Vereitelte Anschläge

drücke von Asylbewerbern und illegal Aufhältigen gespeichert sind,

- Einrichtung einer EU-weiten elektronischen Rasterfahndung (nach Auffassung der AG: Rasterfahndung – viel Aufwand – wenig Erfolg!),
- Weiterentwicklung des Schengen Informationssystems (weitere Mitgliedsstaaten/Harmonisierung),
- weiterer Ausbau von Europol bei der Terrorbekämpfung,
- verbesserter Informationsaustausch zwischen den europäischen Geheimdiensten,
- Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur,
- Zugriff für alle EU-Staaten auf DNA/Fingerabdruckdateien.

### Forderungen, die von der GdP abgelehnt werden

- Die Einrichtung eines europäischen Terrorbeauftragten ist unverständlich und wenig hilfreich und eher als ein Zeichen von Aktionismus zu werten. Europol hat bereits die Aufgabe, die Informationen im Bereich des „Terrorismus“ zu sammeln und zu analysieren. Die Mitgliedsländer müssen nur die Informationen liefern. Außerdem gibt es auf EU-Ebene einen Kommissar für Inneres.
- Die inhaltsgleiche Übernahme der Vorgaben durch den BVerfG-Entscheid zur akustischen Wohnraumüberwachung in die Polizeigesetze der Länder ist kontraproduktiv und würde die praktische Präventionsarbeit der Polizei behindern, wenn nicht gar unmöglich machen.
- Die Forderung nach einem europäischen Geheimdienst hat vorerst keine Realisierungschance und bleibt Theorie.
- Innere Sicherheit muss Aufgabe der Polizei bleiben. Daher ist der Einsatz der Bundeswehr zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus im Inneren abzulehnen.

Dieselben Leute, die diese Vorstellungen verkünden, kürzen bei der Polizei das Personal weg.

Dank der in den USA, in Deutschland und auf internationaler Ebene getroffenen sicherheitspolitischen Maßnahmen konnten in den letzten Jahren weltweit eine Reihe von geplanten Anschlägen verhindert werden:

**September 2001:** geplanter Anschlag durch die Gruppe um Beghal und Trabelsi auf das amerikanische Konsulat in Paris

**Dezember 2001:** Festnahme des so genannten Schuhbombers Reid auf einem Flug von Paris nach Miami

**Mai 2002:** Anschlagplanungen gegen Schiffe in der Strasse von Gibraltar und Touristenorte in Marokko

**April 2004:** geplanter Anschlag mit einer Chemiebombe in Großbritannien (Tatort ver-

mutlich London) Mindestens fünfmal wurden konkrete Anschlagsvorbereitungen in Deutschland gestört bzw. Anschläge verhindert:

• Am **10. März 2003** sind vom OLG in Frankfurt am Main im so genannten Meliani-Verfahren (Ende 2000: geplanter Anschlag auf den Straßburger Weihnachtsmarkt) gegen 4 Angeklagte hohe Haftstrafen verhängt worden.

• Derzeit läuft ein Prozess in Düsseldorf gegen vier mutmaßliche Mitglieder der Al-Tawhid. Sie haben Anschläge gegen jüdische Einrichtungen in Berlin geplant. Geplante Anschlagssziele befanden sich auf dem Laptop.

• Am **4. Mai 2005** hat in Berlin der Prozess gegen den Tunesier Ihsan Garnaoui begonnen, der Anfang 2003 nach zwei Jahren aus

dem „Heiligen Krieg“ in Afghanistan zurückkehrte. Dieser plante ebenfalls einen Anschlag auf eine jüdische Einrichtung; er besorgte sich eine Pistole und falsche Ausweise; das Handy war als Zündauslöser umgebaut. Der Nebenraum einer Moschee in Berlin wurde als Ausbildungsstätte genutzt.

• Im **Dezember 2004** konnte ein geplanter Anschlag auf den damaligen irakischen Präsidenten Alawi anlässlich seines Deutschlandbesuches durch die Festnahme von drei islamistischen Terrorverdächtigen verhindert werden.

• Zwei Terrorverdächtige werden im **Februar 2005** festgenommen, die Anschläge geplant hatten. Ein Täter wollte als „Kämpfer“ in den Irak.

## Madrid, London – wie nah kommt uns der Terror?

**Seit vielen Jahren trägt der Terrorismus-Experte Berndt Georg Thamm in unzähligen Gesprächen, in Interviews und Büchern zur Aufklärung über den islamistischen Terrorismus bei. In seinem neuen Buch „Al-Qaida – das Netzwerk des Terrors“ lenkt er den Blick insbesondere auf die internationale Entwicklung der Problematik und beleuchtet die Vernetzungen.**

**Die jüngsten Londoner Ereignisse geben dem Buch zusätzlich Brisanz – der Autor beschreibt darin London als eine Zentrale für Djihadisten.**

**Herr Thamm, Scotland Yard und auch der Londoner Bürgermeister Ken Livingstone hatten immer wieder gewarnt, ein großer Terroranschlag in London sei „nur eine Frage der Zeit“. Warum gerade London?**

Weil sich – auch vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte, auch der Kolonialgeschichte des einst mächtigen Empire – die Hauptstadt Britanniens zum Ende des 20. Jahrhunderts zur Drehscheibe für Widerstandsgruppen und Oppositionelle aus aller Welt entwickelt hat. Großbritannien Toleranz ermöglichte Dissidenten aller couleur – von der irakischen Opposition über die Vertretung der algerischen FIS (islamistische

Heilspartei) bis hin zur palästinensischen HAMAS – Vertretungen in London einzurichten. Veteranen des Afghanistankrieges waren dort z. B. ganz offen für den Djihad und predigten Gewalt. Last not least spielt natürlich auch die Beteiligung des Vereinigten Königreiches als wichtigster Partner der USA im Konflikt am Golf eine wesentliche Rolle.

**Joschka Fischer betonte nach den Anschlägen: „Der Terrorismus darf, er wird sich nicht durchsetzen“. Hat er das nicht längst?**

Fischer meinte wahrscheinlich, dass die Politik sich nicht durch terroristische Aktionen in ihren Entscheidungen bzw. in ihren

Entscheidungsfindungsprozessen beeinflussen lassen darf. Politik darf durch Terror nicht erpressbar werden. Das ist die Kernaussage. Der Terrorismus hat sich in dieser Hinsicht also „nicht durchgesetzt“; allerdings hatte und hat er gezielt global Schrecken verbreitet. Das ist ja bekanntlich das Grundanliegen, das die Al-Qaida-Strategen und -ideologen verfolgen. Aber der Terrorismus hat auch globalen Widerstand provoziert, der sich zunehmend professioneller und geschlossener organisieren wird.

**Orientieren sich die Terroristen tatsächlich an weltlich-politischen Motiven, also wird z. B. „abgestraft“, wer sich am Irak-Krieg beteiligt? Und kann man sich daher in Deutschland relativ sicher wähen?**

Auf beide Fragen muss ich mit einem deutlichen Nein antworten. Zur ersten Frage: Die Djihad-Terroristen orientieren sich letztlich an ihrem Ziel, einen globalen islamistischen Gottesstaat (Kalifat) durch einen bewaffneten Heiligen Krieg zu errichten. Wer dieses Ziel ablehnt und den Weg

## GDP FORDERT DRITTES SICHERHEITSPAKET

dorthin (Djihad) nicht mit trägt, ist grundsätzlich aus Sicht der Djihad-Terroristen ein „Feind des Islam“, der überall in der Welt zu bekämpfen ist. Für diese „Feinde“ gelten keine Schutzfaktoren, weder Religion noch Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, Alter oder Gesundheitszustand.

Ein „Abstrafen“ der „Feinde“, die sich unmittelbar am Irak-Krieg beteiligen ist ein zusätzliches Moment der Aggression aber nicht der Hauptverursacher.

Daher kann man sich auch nicht in Deutschland in Sicherheit wiegen. Was den Irak-Krieg betrifft, ist Deutschland indirekt involviert, d. h. deutsche Polizisten beschulen irakische Polizisten auf der arabi-

ghanistan als Friedenstruppen der Vereinten Nationen (ISAF) stationiert sind, stellt die Deutsche Bundeswehr allein rund 2.000 und trägt sich mit der Absicht, das soldatische Kontingent noch zu erhöhen. Deutschland ist seit Ende 2001 ein verlässlicher Partner in der internationalen Allianz der Antiterrorbekämpfung, nimmt bis zum heutigen Tage auch wichtige Aufgaben in der Operation Enduring Freedom wahr.

Und zur indirekten Beteiligung im Konflikt am Golf, der direkten Beteiligung am Hindukusch und der weltweiten Beteiligung im Antiterrorkampf kommt noch eine intensive Antiterrorbekämpfung im Inland hinzu. Stichwort Bekämpfung der so genannten Hassprediger, Bekämpfungen der Rekrutierungen junger Muslime für den Djihad, die Bekämpfung der Ausbildung der Rekrutierten, die Bekämpfung der Versuche, Finanzmittel für den Djihad am Golf einzuwerben und nicht zuletzt die Bekämpfung der Schleusung, also des Menschen schmuggels junger Kämpfer aus Deutschland, aus Europa an den Golf, nach Tschetschenien oder an andere Kriegsschauplätze des „Heiligen Krieges“.

Deutschland hat sich zusammenfassend derart positioniert, dass es schon längst seit Jahren im Visier der Djihad-Terroristen steht. Deutschland ist nicht mehr nur Rückzugsregion, Ruheraum und Vorbereitungsgebiet für Anschläge für diese Täter, sondern mittlerweile selbst Anschlagsgewand geworden. Dass es nicht zur Tatbegehung gekommen ist, ist der Arbeit unserer Schutzorgane – insbesondere der Strafverfolgungsbehörden zu verdanken, die im Vorfeld Anschlagspannungen haben aufdecken können bzw. Anschlagsgewandungen vor der Tatausführung haben verhindern können. Bis zum heutigen Tage ist am OLG Düsseldorf ein Verfahren gegen mutmaßliche Djihad-Terroristen der Gruppe Al-Tawhid anhängig, die konkret Anschläge gegen jüdische Mitbürger bzw. jüdische Einrichtungen in Düsseldorf und Berlin geplant hatte. Es ist also in keiner Weise Panikmache, wenn



**Aus Anlass des ersten Jahrestags der Terroranschläge von Madrid (11. März 2004) veranstaltete der „Club de Madrid“ vom 9. bis 11. März 2005 in Zusammenarbeit mit der spanischen Regierung eine internationale Konferenz unter der Überschrift „Demokratie für eine sichere Welt“, auf der UN-Generalsekretär Kofi Annan den Fünf-Säulen-Plan der UNO (siehe Seite 14) vorstellte.**

**Foto: dpa**

schen Halbinsel. Deutsche Bundeswehrosoldaten helfen irakischen Soldaten ebenfalls auf der arabischen Halbinsel. Was Afghanistan betrifft, also ebenfalls ein islamisches Land, nimmt Deutschland sogar eine herausragende Stellung ein: Von den 8.300 Soldaten aus rund 30 Ländern die derzeit in Af-



vor diesem Hintergrund auch in Deutschland mit Anschlägen gerechnet werden muss.

### **Warum distanzieren sich so wenige muslimische Glaubensgemeinschaften eindeutig vom – im Namen ihres Herrn begangenen – terroristischen Morden?**

In Relation zu anderen Weltreligionen gibt es im Islam keine für die gesamte muslimische Gemeinschaft gültig sprechende Vertretung. Einzelne Gruppierungen und Einzelpersonen haben sich sehr wohl vom terroristischen Geschehen in den letzten Jahren auch in den Medien distanziert. Zu Recht machen aber in Europa und auch in Deutschland Politiker geltend, dass in den Bevölkerungen vor dem Hintergrund der Anschläge die Erwartung an muslimische Mitbürger vorhanden ist, dass diese sich eindrucksvoll öffentlich von den Untaten abgrenzen. Beispielsweise durch große öffentliche Demonstrationen insbesondere nach Anschlägen wie in Madrid oder London oder auch bei der Ermordung von Einzelpersonen wie anlässlich der Ermordung des holländischen Filmemachers van Gogh in Amsterdam.

### **Gerhard Schröder erklärte: „Wir sind uns einig, dass die internationale Staatengemeinschaft alles tun muss, den Terrorismus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gemeinsam zu bekämpfen.“ – Schöne Worte. Was müsste ihnen unbedingt folgen?**

Diese Art des Terrors ist nur bedingt zu analysieren, zu lokalisieren und letztendlich zu kontrollieren. Denn es hat eine gravierende Änderung im Dihad terroristischen Geschehen stattgefunden: Zum einen ist aus der ehemaligen islamistischen Organisation Al-Qaida eine globale Bewegung entstanden, die als Reaktion auf die Bekämpfung durch die Anti-Terror-Allianz ihre Strategie und Taktik geändert hat. Dazu gehört insbesondere, dass heute Anschläge nicht mehr aus bestehenden etablierten islamistischen Terrororganisationen heraus begangen werden, sondern aus nur kurzzeitig lebenden Terror-Zellen, d. h., Dihad-Terroristen, die neben ihren paramilitärischen Ausbildung

gen auch konkrete Kriegserfahrungen (z. B. in Afghanistan, Bosnien, Tschetschenien, Irak) gesammelt haben, schließen sich zu einer kleinen Terror-Zelle zusammen, die nur einem einzigen Zweck dient: In einem bestimmten Land zu einer bestimmten Zeit einen oder mehrere Terroranschläge zu verüben. Nach Tatausführung löst sich diese Zelle

## **Fünf-Säulen-Plan der UNO**

### **Erste Säule:**

Es müssen desillusionierte Gruppen davon abgebracht werden, Terrorismus als ihre Methode zu wählen.

### **Zweite Säule:**

Dem Terrorismus muss die Möglichkeit genommen werden, Anschläge zu verüben. Z. B. durch die Erschwerung der Reisetätigkeit mutmaßlicher Terroristen, Erschwerung der finanziellen Unterstützung, Erschwerung des Erwerbs von biologischen und chemischen Kampfstoffen, sowie Nuklearmaterial.

### **Dritte Säule:**

Es müssen Staaten davon abgehalten werden, Terrorismus – aus welchem Grund auch immer – zu unterstützen. Der Staat, der es trotzdem tut, muss sich vergegenwärtigen, dass sich dann die Weltgemeinschaft gegen ihn wendet.

### **Vierte Säule:**

Terroristen nutzen schwache Staaten aus. Diese schwachen Staaten müssen von der Völkergemeinschaft gestützt werden (nation-building – vor-Ort-Hilfe z. B. beim Aufbau eines demokratischen Staates, Wissensvermittlung usw.)

### **Fünfte Säule:**

Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, also der wichtigen Werte der Völkergemeinschaft, die vom Terrorismus angegriffen bzw. bedroht werden.

wieder auf und ihre Mitglieder tauchen in den islamistischen Parallelwelten in Europa ab bzw. verschwinden im mediterranen Bereich oder sonst wo in der islamischen Welt. Mittlerweile haben wir über Jahre in Terroraktionen erfahrene Kämpfer, die in ganz Europa virulent sind und deren terroristisches Erfahrungswissen auch immer wieder genutzt wird – sei es in virtueller Hinsicht (franchising-Terrorismus im Internet) oder ganz persönlich als Instrukteur, Berater, Begleiter oder Führer für konkret vorzubereitende Terroranschläge. Diese „Gefährder“ sind internationale Dihad-Terroristen, die sich heute in Großbritannien, morgen vielleicht in Deutschland bewegen, die gestern aber noch in Spanien und vorgestern in Marokko ihr blutiges Unwesen getrieben haben. Vor diesem Hintergrund kommt einem internationalen Austausch von Informationen der unter-

Die Anschläge die in Amerika, Europa, Afrika und Asien – Australier wurden außerhalb des Landes (Bali) getroffen – machen deutlich, dass sich der Dihad-Terrorismus letztlich gegen die Weltgemeinschaft schlechthin stellt.

Daher hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan, auf einer Terrorismus-Fachtagung (anlässlich des ersten Jahrestages der Anschläge in Madrid) im März diesen Jahres ein Konzept der Vereinten Nationen zur Bekämpfung dieses Terrorismus vorgestellt – eine so genannte Fünf-Säulen-Strategie (siehe Kasten).

Nach Kofi Annan ist die Völkergemeinschaft nun aufgerufen, an der Umsetzung dieser Fünf-Säulen-Strategie zu arbeiten. Und dieses Langzeitprojekt wird auch Kanzler Schröder mit seinen Worten gemeint haben.

**„Ich bin der festen Überzeugung, erst die Gewährleistung von Sicherheit ist die Garantie für Freiheit.“**

schiedlichsten Schutzorgane ein besonders hoher Stellenwert zu, denn dem International vernetzten Dihad-Terrorismus kann man nur ein Netzwerk effektiv zusammenarbeitender Schutzorgane gegenüberstellen, was zuallererst natürlich auf den Informationsaustausch zutreffen muss.

Mit Blick auf die Londoner Ereignisse wird deutlich, dass die Sicherheitsinstrumente auch bei uns qualitativ und quantitativ Nachholebedarf haben. Die Anschläge 2003 in Istanbul, 2004 in Madrid und 2005 in London machen überdeutlich, dass Demokratie wehrhaft sein muss. Das bedeutet, dass unsere Schutzorgane im Inland insbesondere die Polizei – auch substantiell in die Lage versetzt werden muss, wehrhaft Demokratie verteidigen zu können – um durch die Wahrung der Sicherheit Freiheit überhaupt erst in ihrer gewünschten Entfaltung zulassen zu können.

Ich bin der festen Überzeugung, erst die Gewährleistung von Sicherheit ist die Garantie für Freiheit.

Deutlich wird, dass in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus alle Schutzorgane gefordert sind – d. h. sowohl die Streitkräfte als auch die Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste. Und es heißt nicht, dass sich die Schutzorgane organisatorisch zusammenschließen müssen. Es heißt aber sehr wohl, dass wir einen informellen Zusammenschluss der Schutzorgane brauchen, sowohl im Inland als auch international. Bei allem Verständnis für ein Trennungsgebot bin ich der festen Meinung, dass es eine zentrale Anlaufstelle für alle Informationen geben muss.

Wir brauchen in der Terrorismus-Bekämpfung das, was man in der Bekämpfung des Organisierten Verbrechens leider „aussortiert“ hat: die Kronzeugenregelung, akustische und optische Beweissicherung. Aus meiner Sicht muss hier ordentlich nachgebessert werden.

**Das Gespräch führte  
Marion Tetzner**

# Bundesanstalt soll Fachverband bündeln

Bundesinnenminister Schily stellte am 11.2.2005 eine Fortschreibung des Konzeptes zum Aufbau und Betrieb des Digitalfunks für die BOS den Innenministern und -senatoren der Länder vor. Dieses Konzept sieht die Errichtung und den Betrieb eines Rumpfnetzes durch den Bund sowie die Erweiterung durch die Länder vor und favorisiert den Aufbau des Netzes auf vorhandener sicherer Infrastruktur.

Am 15.3.2005 wurde das Konzept des Bundesinnenministers in der Staatssekretärsrunde ausführlich erörtert.

Demnach wird der Bund, unter Einbeziehung eigener Infrastruktur, mit einem BOS-Rumpfnetz die für die Aufgabewahrnehmung der Bundes-BOS relevanten Territorien abdecken. Bei der Einbeziehung eigener Infrastruktur handelt es sich vor allem um Standorte auf Liegenschaften der öffentlichen Hand und staatlichen Unternehmen. Damit sind, so der BMI, 50 Prozent der Fläche eines jeden Bundeslandes der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich der besonderen Ballungsgebiete, mit digitalem Handsprechfunk abgedeckt.

Die Länder erhalten die Möglichkeit, dieses Rumpfnetz entsprechend den von ihnen im Rahmen des bisherigen Abstimmungsprozesses geltend gemachten und bei der einheitlichen Funknetzplanung berücksichtigten Forderungen zu erweitern und gegen Kostenbeteiligung über den Bund abzurufen.

Während die Systemtechnik (TETRA oder ein funktional gleichwertiges System) in einem „nicht offenen Verfahren mit Teilnahmewettbewerb“ ausgeschrieben werden soll, wird laut BMI der

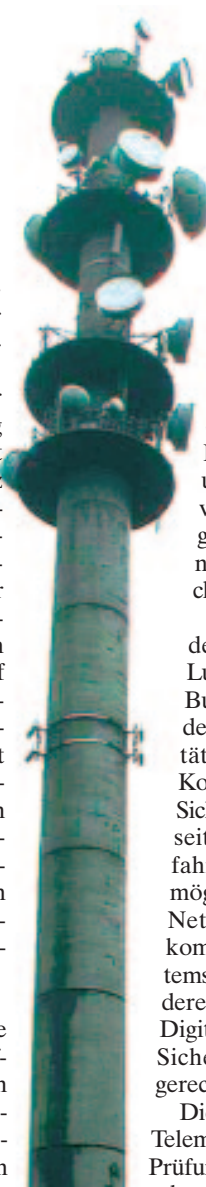
Betrieb des künftigen BOS-Digitalfunknetzes wegen der „Sicherheitsrelevanz“ in freihändiger Vergabe an die DB Telematik (eine Tochter der DB AG) zu übergeben sein.

Am 18.3.2005 wurde dieses Konzept den Innenministern und -senatoren der Länder vorgestellt. Durch einen Umlaufbeschluss der IMK wurde diesem Konzept zugestimmt und das in der Dachvereinbarung definierte gemeinsame Ziel (s. o.) noch einmal unterstrichen.

Am 5.4.2005 erklärte der Innenstaatssekretär Lutz Diwell im Deutschen Bundestag, dass aufgrund der besonderen Sensibilität im Umgang mit der Kommunikation der Sicherheitsbehörden einerseits und des hohen Gefahrenpotentials durch mögliche Angriffe auf die Netzinfrastruktur dieses komplexen BOS-Funksystems andererseits, insbesondere der Betrieb des BOS-Digitalfunknetzes höchsten Sicherheitsanforderungen gerecht werden müsse.

Die Beauftragung der DB Telematik GmbH stehe nach Prüfung im Einklang mit vergabe- und kartellrechtlichen Vorschriften.

31.5.2005: Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen einen Gesetzentwurf



(BT-Drucksache 15/5575) zur Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der BOS (BDBOS) vor. Die BDBOS soll die Interessen von Bund und Ländern wahrnehmen.

Unabhängig von der konkreten Entscheidung für eine bestimmte Technologie des Digitalfunks für die BOS und von der konkreten Ausgestaltung von Verträgen mit Dritten sowie den entsprechenden Vergabeverfahren, sei es erforderlich, dass die Interessen der Nutzer des Digitalfunk BOS organisatorisch gebündelt wahrgenommen werden.

### Der Autor:



**Horst Müller**, Abteilungsleiter beim Bundesvorstand der GdP und zuständig u. a. für den Bereich Informations- und Kommunikationstechnik in der Polizei. Dazu gehört auch der Digitalfunk.

Der Betrieb des Digitalfunk BOS und ist Sachwalterin des Zweckvermögens, das im Zuge des Netzaufbaus angeschafft wird.

Das Vorhaben der Bundesregierung stößt jedoch auf den Widerstand der oppositionellen CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sie beantragte eine Expertenanhörung im Innenausschuss.

27.6.2005: Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum „Bundesgesetz zur Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der BOS“ im Innenausschuss des Deutschen Bundestages.

In einem Punkt waren sich die Sachverständigen einig: Das Sprech- und Datenfunksystem ist

notwendig und sollte zeitnah umgesetzt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf zur Errichtung der BDBOS wurde jedoch unterschiedlich bewertet. Prof. Heckmann von der Universität Passau bezog sich auf die verfassungsrechtlichen Aspekte und bemängelte die Konstruktion der Satzung für die einzurichtende Bundesanstalt. Im Grunde sei das Gesetz so nicht wirksam umzusetzen. Es bestehe dringender Bedarf, die Bestellung des Präsidenten und die Satzung zu ändern. Die Aufteilung

der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern bezeichnete er als Schwachstelle. Zwar müsse man mit dem Spannungsfeld zwischen Bund- und Länderkompetenzen leben. Es könne aber in diesem Zusammenhang aufgelöst werden, sofern das Gesetz entsprechende Regelungen eindeutig fixiere. Das Gesetz enthalte aber keinerlei Angaben über eine solche genaue Aufteilung. Ihm fehle die inhaltliche Substanz, weshalb er größte verfassungsrechtliche Bedenken geltend machen müsse.

POR Rüdiger Korp aus dem Innenministerium NRW signalisierte Zustimmung zum Gesetzentwurf zur Errichtung einer BDBOS. Er wies auch auf die Forderungen der Industrie hin, die sich einen Auftraggeber als verlässlichen Partner wünsche und nicht eine Gremienwelt. Deshalb sei auch eine einheitliche BOS-Stelle, in die die Länder ihren Fach- und Sachverstand einbringen können, zu begrüßen. Er un-

Fortsetzung Seite 17

## In der Münchner Allianz-Arena wird digital gefunkt – Polizei und Feuerwehr funken analog

Eine paradoxe Situation: In der Münchner Allianz-Arena, die am 30. Mai 2005 eröffnet wurde, funken die privaten Wachkräfte digital, Polizei und Feuerwehr dagegen analog.

Künftig sollen in dem 66.000 Zuschauer fassenden Stadion jährlich 34 Meisterschaftsspiele plus diverse Partien in DFB-Pokal und internationalen Wettbewerben wie UEFA-Cup und Champions League stattfinden.

In der Allianz-Arena werden 2006 sechs WM-Spiele ausgetragen, darunter ein Halbfinale und das Eröffnungsspiel am 9. Juni 2006, in dem die deutsche Nationalmannschaft antritt.

Um Kommunikation aufzubauen und die Sicherheit bei sportlichen Großveranstaltungen zu steigern, wurde die Münchner Allianz-Arena mit moderner Funktechnik ausgestattet. Die Ordnungskräfte, private Sicherheitsdienste und das Stadion-Management nutzen ein digitales Betriebsfunksystem auf Basis der TETRA-Technologie.

Das TETRA-Netz ist abhörsicher und stabil, also unabhängig von öffentlichen Netzen. Es hat eine hohe Sprachqualität beispielsweise durch die Unterdrückung von Störgeräuschen und überträgt zeitgleich Spra-

che und Daten wie Fotos oder SDM (Short Data Message).

T-Systems hat das erweiterbare Netz geplant und für eine Kapazität von bis zu 2.000 Anwendern aufgebaut. Der mittelständische

und Einsatzkräften außerhalb der Arena funken zu können. Deshalb erhielt das Stadion zusätzlich ein Verteilsystem für den analogen BOS-Funk.

Ergänzend zum Digitalfunk



Fotos: H. Müller, VDP; Collage : R. Stolzenfeld

Motorola-Partner, die Firma Woltering GmbH, lieferte das TETRA-System. Insgesamt sind das Stadion, die Parkhäuser P1 bis P4, die Esplanade und der Außenbereich funkversorgt.

Grundvoraussetzung für die Eröffnung der Arena war, dass die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) das eigene analoge Funksystem innerhalb des Stadions nutzen, um mit

werden also die Sicherheitsbehörden (Polizei und Feuerwehr) analog funken müssen.

Der Analogfunk arbeitet unabhängig vom TETRA-System, steht nur für die BOS-Einsatzkräfte bereit und soll zukünftig über Koppelnetzwerke in das Antennensystem und das Schlitzbandkabel eingespeist werden können.

HMue



terstütze deshalb auch die Einrichtung einer solchen Stelle als Bundesanstalt. Nur so könne man gewährleisten, kurzfristige Entscheidungen zu treffen, die aufgrund der Erkenntnisse bei der Nutzung technischer Neuerungen, notwendig seien. Aus seiner Sicht seien die Länderinteressen bei einer Bundesanstalt gewährleistet, zumal dieses Problem über die Verwaltungsratslösung geregelt werden soll. Der hessische Staatssekretär Harald Lemke vertrat die Auffassung, dass mit diesem Projekt ein rechtlich frei schwebender Zustand geschaffen wurde. Der Bund habe mit der Absicht, ein Rumpfnetz aufzubauen, die Dachvereinbarung verlassen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt fehle auch noch die genaue Aufgabenbeschreibung der Bundesanstalt. Die Länderkompetenzen seien nicht ausreichend fixiert. Die Bundesländer blieben bis zum Abschluss eines Verwaltungsabkommens aufgrund des eigenmächtigen und unabgestimmten Verfahrens des Bundes vom Prozess aus-

geschlossen. Darüber hinaus fehle auch eine fachliche Grundlage für dieses Gesetz.

29.6.2005: Der Bundestag verabschiedet mit rot-grüner Mehrheit gegen die Stimmen der Opposition den umstrittenen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der BOS.

Wie die AG Inneres der SPD-Bundestagsfraktion dazu erklärte, soll diese Bundesanstalt den Fachverband bündeln, die Vergabeverfahren managen, Bundes- und Länderinteressen wahrnehmen und der Wirtschaft einen einheitlichen Ansprechpartner bieten. Der Fahrplan bis zur WM 2006 könne eingehalten und bis 2010 das Digitalfunknetz flächendeckend installiert werden. Jedoch sei die Gefahr, dass die Errichtung der Bundesanstalt aber noch auf der Zielgeraden blockiert wird, erheblich.

8.7.2005: Das Gesetz ist zwar nicht zustimmungspflichtig, jedoch beantragte der Bundesrat ein Vermittlungsverfahren,

*HMue*

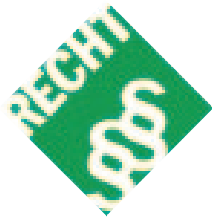
### **DB-Telematik darf mit dem Betrieb des BOS-Digitalfunknetzes beauftragt werden**

„Das Urteil stützt meinen Kurs, klare Strukturen zu schaffen, die in einem föderalen System unabdingbare Voraussetzung für die zügige Einführung des Digitalfunks sind“, sagt Schily. Dazu gehöre auch die geplante Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, die der Bundestag am 30. Juni 2005 beschlossen habe. Trotz eindringlicher Appelle des Bundes, die Länder mögen ihrer sicherheitspolitischer Verantwortung für eine rasche Einführung des Digitalfunks gerecht werden, verlangte der Bundesrat die Einberufung des Vermittlungsausschusses. Das Bundesministerium des Innern darf die DB Telematik mit dem Betrieb des BOS-Digitalfunks beauftragen – so das Ergebnis eines Nachprüfungsverfahrens, das am 19. Juli 2005 vor der 3. Vergabekammer des Bundes beim Bun-

deskartellamt in Bonn beschieden wurde. Die Vergabekammer hat den Nachprüfungsantrag eines großen Unternehmens der Mobilfunkbranche als unstatthaft verworfen.

Bundesinnenminister Schily hatte am 18. März bekannt gegeben, dass die DB Telematik den Betrieb des künftigen Digitalfunksystems für die Sicherheitsbehörden in Deutschland durchführen werde. Bereits Anfang April wurde das Vergabeverfahren für die Systemtechnik 2005 gestartet, mit der Veröffentlichung der Verdingungsunterlagen ist nach derzeitigem Planungsstand Anfang August 2005 zu rechnen.

Binnen zwei Wochen kann gegen die Entscheidung der 3. Vergabekammer beim zuständigen Oberlandesgericht Düsseldorf Beschwerde eingereicht werden.



## Kindergeld: Neue Rechtsprechung

Für volljährige Kinder mit eigenem Einkommen kann Kindergeld beansprucht werden, wenn die maßgebliche Einkommensgrenze des Kindes nicht überschritten wird. Seit 2004 beträgt diese Grenze 7.680 Euro, in 2002 und 2003 waren dies 7.188 Euro.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun in einem Beschluss vom 11.1.2005 (Aktenzeichen 2 BvR 167/02) festgestellt, dass auch die Sozialversicherungsbeiträge vom Einkommen abzuziehen sind. Das führt in vielen Fällen dazu, dass Kindergeld nunmehr oder auch für die Vergangenheit beansprucht werden kann.

Danach dürfen Sozialversicherungsbeiträge nicht in die Bemessungsgröße von zurzeit 7.680 Euro einbezogen werden. Es ist also nicht der volle Bruttobetrag des Einkommens des Kindes aus einer solchen Beschäftigung maßgeblich. Die Sozialversicherungsbeiträge sind vielmehr vom Bruttoeinkommen abzuziehen.

Die Entscheidung ist bedeutsam sowohl für Schüler und Studenten, die nebenher einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, als auch für Auszubil-

dende, deren Ausbildungsvergütung häufig im Grenzbereich der Bemessungsgröße liegt.

### Beispiel (für 2005):

Ausbildungsvergütung 800 Euro/mtl. mit Sonderzahlung und Urlaubsgeld dreizehn Mal im Jahr gezahlt.

Es ergibt sich folgende Rechnung:

Ausbildungsvergütung 10.400 Euro

abzgl. Werbungskosten/Pauschbetrag (wenn nicht höhere tatsächliche Werbungskosten) 920 Euro  
= 9.480 Euro

Nach bisheriger Praxis der Finanzämter und Familienkassen wäre in diesem Fall weder Kindergeld gezahlt worden noch wäre der Kinderfreibetrag eingeräumt worden, weil die Grenze von 7.680 Euro überschritten ist. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts müssen jetzt die Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von ca. 21 Prozent gleich 2.184 Euro zusätzlich

abgezogen werden, woraus sich folgende Rechnung ergibt:

Ausbildungsvergütung 10.400 Euro

abzgl. Werbungskosten/Pauschbetrag (wenn nicht höhere tatsächliche Werbungskosten) 920 Euro

abzgl. Sozialversicherungsbeiträge 2.184 Euro  
= 7.296 Euro

Aufgrund dieser vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebenen Berechnung ist der Kindergeldanspruch bzw. der Anspruch auf den Steuerfreibetrag gegeben, weil die Bemessungsgrenze von 7.680 Euro nicht überschritten wird.

## Empfehlungen zur Rechtswahrung

- Wenn bisher kein Kindergeldantrag gestellt wurde, weil man vom Überschreiten der Verdienstgrenze ausging, kann noch rückwirkend bis zum Jahr 2001 Kindergeld beantragt werden (Achtung: die Grenze lag 2001 bei 14.040 DM; 2002 bis 2003 bei 7.188 Euro, ab 2004 gelten 7.680 Euro);

• Wenn ein Kindergeldantrag wegen Überschreiten der Verdienstgrenze ab dem Jahr 2001 abgelehnt wurde, kann ebenfalls rückwirkend bis zum Jahr 2001 die Abänderung des Ablehnungsbescheids beantragt werden;

- Wenn Einkommenssteuerbescheide noch „offen“ sind (weil vom Finanzamt für vorläufig erklärt oder unter den Vorbehalt der Nachprüfung gestellt wurden oder aber mit dem Einspruch angefochten worden sind), wird das Finanzamt von sich aus rückwirkend bis maximal 2001 noch den Kinderfreibetrag berücksichtigen müssen. Betroffene sollten aber ihrem Finanzamt die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge ihrer Kinder in den jeweiligen Kalenderjahren mitteilen.

Bitte beachten: Bei der Ermittlung der Verdienstgrenze wird nicht nur sozialversicherungspflichtiges Entgelt berücksichtigt, sondern auch sonstige Einnahmen. Dazu gehören Zins-einnahmen, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung aber auch Leistungen der Ausbildungsförderung.

DGB

## Ortszuschlag im TVöD

Viele Ledige und Geschiedene haben gemäß § 29 B (2) BAT/-O einen Anspruch auf den „Verheirateten“-Anteil (Stufe 2) im Ortszuschlag, nämlich dann, wenn sie unterhaltspflichtig sind gegenüber Kindern oder anderen Unterhaltsberechtigten.

**Bei der Überführung in den TVöD (Bund, VKA)** am 1. Oktober 2005 ist der im September 2005 geltende Ortszuschlag maßgeblich für das Vergleichsentgelt. Dafür wird entscheidend sein, ob der „Verheirateten“-Anteil im Überführungsbetrag enthalten ist oder nicht; d. h. die gesamte weitere Vergütungsentwicklung kann auf einem ca. 100 Euro höheren Niveau stattfinden, wenn mit dem „Verheirateten“-Anteil überführt wird. Wir empfehlen unseren Mit-

gliedern, diese Ansprüche jetzt zu prüfen und gegebenenfalls dem Arbeitgeber gegenüber geltend zu machen. Wie für alle tariflichen Ansprüche gilt die 6-monatige Ausschlussfrist des § 70 BAT/-O (d. h. ein z. B. für Februar bestehender Anspruch muss im August geltend gemacht werden, sonst verfällt er). Wir empfehlen daher, den Antrag bis spätestens Monatsende einzureichen, da ansonsten der Anspruch ggf. für einen weiteren Monat verfällt.

Wichtig ist noch zu wissen, dass der Überführungsbeitrag nicht verändert wird, auch wenn der zugrunde liegende Anspruch (verheiratet, Unterhaltspflicht, Unterhaltsgewährung) nach Oktober nicht mehr besteht.

msch

## 58er-Regelung – DGB strengt Musterklagen an

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wird bundesweit sechs Musterklagen führen, um ältere Arbeitslose vor den Folgen von Hartz IV zu schützen. 393.000 Arbeitslose im Alter von mindestens 58 Jahren haben sich bereit erklärt, auf eine Arbeitsvermittlung zu verzichten, bis sie abschlagsfrei in Rente gehen. Sie haben dazu gegenüber der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine Verpflichtungserklärung nach Paragraph 428 SGB III unterschrieben, wonach sie bis zur Rente Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe erhalten. Zuvor hatte ihnen die BA ausdrücklich versichert, dass ihnen dadurch keine Nachteile entstehen.

Seit In-Kraft-Treten der Hartz IV-Reform Anfang 2005 erhalten die Betroffenen aber nur noch Arbeitslosengeld II – d. h. statt 53 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens lediglich 345 bzw. 331 Euro in West- bzw. Ostdeutschland. Der Unterschied kann für die Betroffenen mehrere hundert Euro ausmachen.

Dass die Arbeitslosen, die die so genannte 58er-Regelung in Anspruch genommen haben, auf Hartz IV verwiesen werden, verstößt nach DGB-Auffassung sowohl gegen den Eigentumsschutz der Arbeitslosenhilfe als auch gegen den Vertrauensschutz.

Quelle: einblick 13/05

## RENTENVERSICHERUNG

### Widerspruch richtig einlegen

Wie bereits im Juni-Heft dieses Jahres berichtet worden ist, wird keine Anhebung der Renten erfolgen. Dafür werden die Rentnerinnen und Rentner ab 1. Juli 2005 weniger Geld in der Tasche haben als zuvor. Grund dafür ist der Sonderbeitrag für den Zahnersatz in Höhe von 0,9 v.H. der Krankenversicherung (Gesetz zur Anpassung der Finanzierung des Zahnersatzes gemäß § 241 a SGB V).

Für Versicherungspflichtige, die neben der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung auch noch Ansprüche auf Versorgungsbezüge haben, gilt: Die Zahlstellen dieser Versorgungsbezüge be-

halten den Krankenversicherungsbeitrag ein und zahlen diesen an die zuständigen Krankenversicherungen. Dieser Personenkreis muss also bei den zuständigen Krankenkassen Widerspruch einlegen, wenn sie ihre Rechte wahren wollen.

Es wird empfohlen beide Formulare, d. h. den Widerspruch (siehe Juni-Heft) sowie den im Folgenden abgedruckten Widerspruch zu verwenden und an die zuständigen Sozialversicherungsträger (Rentenversicherungsträger und zuständige Krankenversicherung) zu senden.

*msch*

### Mitbestimmung des Personalrats bei Rückforderung überzahlter Bezüge

Die Rückforderung überzahlter Löhne, Gehälter oder sonstiger Bezüge oder Bestandteile davon, stellt eine Maßnahme der Dienststelle dar, die gemäß § 86

Abs. 1 Nr. 18 HmbPersVG der Mitbestimmung des Personalrats unterliegt.

**Pressemeldung OVG Hamburg, Az: OVG 8 Bf 222/04.PVL**

Musterschreiben gegen die Krankenkasse

An	Absender
	Name, Vorname
	Anschrift
Krankenkasse	Versicherungsnummer

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Gesetz zur Anpassung der Finanzierung von Zahnersatz wird von mir ab dem 1. Juli 2005 nach § 241 a SGB V der allgemeine Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,9 v.H. erhöht. Dieser zusätzliche Beitrag wird von meinem Rentenversicherungsträger bzw. von meiner Zahlstelle für Versorgungsbezüge einbehalten und an Sie weiter geleitet.

Die Erhebung dieses zusätzlichen Beitrages in Höhe von 0,9 v.H. bei Rentnerinnen und Rentnern ist rechtswidrig.

Ich beantrage daher, von meiner Rente bzw. Versorgungsbezügen keinen zusätzlichen Beitrag in Höhe von 0,9 v.H. zu erheben. Des Weiteren beantrage ich, dass Sie mir die Krankenversicherungsbeiträge erstatten, soweit diese ab 1. Juli 2005 erhoben wurden.

Da Rentnerinnen und Rentner von der Zahlung des Krankengeldes ausgeschlossen sind und folglich auch nicht mehr in den Genuss dieser Leistungen kommen können, ist die Erhebung des Sonderbeitrages in Höhe von 0,9 v.H. - soweit dies der Finanzierung von Krankengeld dient - ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Eigentum des Art. 14 GG.

Darüber hinaus verstößt § 241 a SGB V gegen den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 GG. Mit der Erhebung eines zusätzlichen Beitragssatzes in Höhe von 0,9 v.H. werden Rentner unter willkürlicher Gleichbehandlung zur Finanzierung des Krankengeldes herangezogen.

Im Hinblick auf geplante Musterverfahren der Gewerkschaften erkläre ich mich damit einverstanden, dass Sie mir über die oben geltend gemachten Anträge zunächst keinen Bescheid erteilen bis eine höchstrichterliche Rechtsprechung ergangen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum, Unterschrift



# „Führen mit Zielvereinbarungen“

## Heinrich Schuster:

Der „Praxisbericht mit Anmerkungen“ des Kollegen Gouasé ist aus meiner Sicht ein wertvoller Beitrag zur Versachlichung der Diskussion, belegt er doch an anschaulichen Beispielen, dass dieses Thema nicht im Gegensatz zu einer fürsorglichen Mitarbeiterführung steht.

Genau das ist auch meine Erfahrung nach ca. 30 Jahren Führungstätigkeit und 10 Jahren „Führen mit Zielen“.

Zwei Gedanken sind dabei wichtig:

1. Entwicklung der Ziele aus den tatsächlichen Problemen (sie sollten einsichtig sein).

2. Erkennen und Nutzen besonderer Fähigkeiten/Neigungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der individuellen Zielvereinbarung.

Nach meiner Wahrnehmung ist der Grundgedanke des Führens mit Zielen tatsächlich nicht neu! Es geht eigentlich nur darum, dass sich auch die Polizei der Fragen nach der Wirkung ihrer Maßnahmen stellt und sie beantwortet.

Das führt automatisch zum Thema Controlling. Wir nehmen es derzeit wahr als ein unverzichtbares Instrument zur Darstellung von polizeilicher Arbeit und nennen es operatives Controlling. Soweit dies mit Berichtspflichten identisch ist, ist es vom Inhalt her übrigens auch nicht neu.

Zusammenfassend möchte ich als alter Polizist, der schon einiges in der Führung der Polizei erlebt hat, feststellen, dass das Instrument „Führen mit Zielen“ durchaus auch erfahrenen Kollegen vermittelbar ist, wenn man herausstellt, dass es eine sinnvolle Weiterentwicklung von Führungstätigkeit ist und der „Dienst für und mit dem Bürger kollegial und fair miteinander“ organisiert wird.



## Torsten Ließ:

Die Titelseite der Juliausgabe ließ mich zielstrebig zu den Seiten

**Zu unserem Titelthema im vergangenen Heft haben uns so viele Leserbriefe erreicht, dass wir sie nicht alle im Forum abdrucken können. Daher auf diesen Seiten die Meinungen zum Beitrag von Gerald Gouasé „Führen mit Zielvereinbarungen“, DP 7/05.**

des genannten Themas gelangen, welches wohl eines der interessantesten, wenn auch schwierigsten Bereiche darstellt unter dem Aspekt der Einführung von betriebswirtschaftlichen Instrumenten. Die anfängliche Euphorie schwand jedoch mit den Zeilen und so konnte der Artikel inhaltlich nicht vollends befriedigen.

Zunächst ist festzustellen, dass Zielvereinbarungen als kommunikativer Aushandlungsprozess zwischen Polizeiführer und Mitarbeiter unter dem Aspekt der Beteiligung grundsätzlich positiv zu bewerten sind, sofern sie nicht mit einseitig verpflichteten Zielvorgaben verwechselt werden oder ausschließlich der absoluten Minimierung von Human Ressourcen in Zeiten knapper Kassen dienen.

Was ich in dem Artikel jedoch nicht finden konnte, waren wissenschaftlich belegte Ausführungen zu Verfahren der Qualitätsmessung, Methoden zur Leistungsmessung und ableitbar beweisbare Messergebnisse, die einen Kausalzusammenhang der Ursache-Wirkungskette nachweisen.

Dafür kann man laut Artikel den Leistungsstand durch veröffentlichte Statistiken der LKA und durchgeführte ED-Behandlungen ablesen oder will gar eine Leistungsmessung durchführen, indem man eine 12-Prozent-Quote der ED-Behandlungen an ermittelte Tatverdächtige koppelt, um so eine Relationskennzahl zu erhalten. Dies scheint aus wissenschaftlicher Sicht mehr als fragwürdig. Man mache sich einmal den Spaß und versuche die Erreichung eines in einer Zielvereinbarung ausgehandelten nicht monetären Ziels einem Ursache-Wirkungskreis zu unterziehen.

Weiterhin wird von Qualitätsverbesserung gesprochen ohne Qualität überhaupt zu definieren. ... Die Konsequenz wäre, dass jeder Qualität für sich anders auslegen würde. Daraus folgt, dass sich die Sichtweisen der Beteiligten bei Zielvereinbarungen gegenüber stehen werden. Diese haben nun entweder die Möglichkeit, den Qualitätsbegriff an vorhandene Erfahrungen festzumachen, oder individuell festzulegen. Und wenn dies gelingt, wer misst den Zielerreichungsgrad von Qualität und vor allem wie?

Diese, wenn auch nur ausschnittsweise Darstellung zeigt oft nicht gesehene oder verdrängte Probleme bei der Anwendung von Zielvereinbarungen, zumal diese eben aus der Privatwirtschaft kommen und hier der Erreichung vordergründig monetärer Ziele dienen. Es ist umso bedeutender, da in Dienststellen munter Ziele vereinbart werden.

Wie viele Anwender in den Behörden berücksichtigen denn mögliche Fehlerquellen, zumal es für die Zukunft ein wesentlicher Teil der neuen leistungsorientierten Besoldung werden soll?

Darüber hinaus zeigt die Argumentation über Bezeichnungen wie Kunde und Produkt, welche laut Artikel befremdlich seien sollen, die falsche Reihenfolge in der Einführung von Systemen auf. Wer Instrumente aus der Privatwirtschaft in Behörden installieren will, ohne zuvor den Mitarbeitern das Verständnis für diese, meines Erachtens wichtigsten und zentralen Begriffe in deren Einstellung hierzu zu implementieren, muss sich im Nachhinein über Akzeptanzprobleme nicht wun-

dern. Zielvereinbarungen können unter Berücksichtigung der Lumanschen Systemtheorie ein sinnvolles operatives Instrument zur Erreichung des dienststellen-internen Teilziels und im Gesamtergebnis des Behördenziels darstellen, jedoch nur unter Einbeziehung des Mitarbeiters der das Instrument kennt und versteht ebenso wie die Führungskraft, sonst bleibt in der Konsequenz einer negativen Einstellung hierzu nur ein einseitig verpflichtendes Zieldiktat mit fraglichem Wertschöpfungsergebnis.



## Hubert Rost, Schifferstadt:

Die Ansichten des Kollegen Gouasé über das Führen mit Zielen teile ich uneingeschränkt. Ich möchte Sie mit nachfolgenden Feststellungen bestätigen.

Die Verkehrsdirektion Rheinpfalz (PP Rheinpfalz/Rheinland-Pfalz) praktiziert seit dem Jahr 2000 (ständig dazu lernend) das Führen mit Zielen, nachdem wir im Jahr 1999 wahrzunehmende Aufgaben analysiert und neu definiert haben. Durch das Führen mit Zielen erreichten wir eine Bündelung der Kräfte auf die Überwachung des Schwerverkehrs und die Bekämpfung des aggressiven Fahrverhaltens, also das Kerngeschäft einer Verkehrsdirektion mit ihren Spezialisten und Polizeiautobahnstationen. Trotz zunächst schleichenden Personalabbaus im Laufe der Jahre erreichten wir im Bereich des Schwerverkehrs im Jahr 2004 gegenüber dem Jahr 1999 eine Steigerung der Maßnahmen auf 7960 und somit 112 Prozent. Die Anzahl der von den ProViDa-Fahrern „eingefahrenen“ Fahrverbote erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 93 Prozent auf 297 bei gleich bleibenden Geräteeinsatzstunden. Als der Personalabbau Ende 2004 und aktuell Mitte 2005 drastische Formen annahm und Geräteausfall nicht zeitnah kompensiert

werden konnte, haben wir unsere Kennzahlen entsprechend prozentual reduziert.

Wenn man Wirksamkeit in der Polizeiarbeit erzielen will, bleibt einem in Zeiten ständiger Personalreduzierungen keine andere Wahl als dieses Führungsinstrument anzuwenden, denn da die Ziele und Kennzahlen im Gegenstromverfahren gemeinsam definiert werden, ziehen alle an einem Strang.

Es wird sich nicht verzettelt, jeder weiß, worauf es ankommt. Übrigens: Die Verwendung der Fachbegriffe/Anglizismen haben wir gemieden wie der Teufel das Weihwasser. Unsere Mannschaft hätte uns nicht verstanden, uns misstraut und nicht mitgezogen.



**Michael Heitlinger:**

Ich habe 1999 schon die ersten Lehrgänge „Führen mit Zielen“ in Villingen besucht, weil es mich interessierte, wie das bei der Polizei umgesetzt werden könnte. Vor allen Dingen tat ich mich recht schwer, messbare Ziele zu finden.

Die von dem Autor Gouasé vorgestellten Beispiele haben mehr was mit Zeit- und Arbeitsmanagement und deren Verbesserung zu tun als mit den messbaren Zielen, welche ich mir so vorgestellt habe. Aber das Beispiel ED-Behandlung ist schon ein sehr gutes. Man muss sich die Ziele und deren Maßstab jedes Jahr neu setzen. Dann ist das schon umzusetzen.

Im privaten setzte ich mir auch jedes Jahr neue Ziele, mal ein bisschen mehr, mal ein bisschen weniger. Wenn ich die 100 Meter in diesem Jahr in 13,2 Sekunden gelaufen bin (z. B. 1 Sekunde besser als im letzten Jahr), kann ich nicht erwarten, dass ich den gleichen Sprung im nächsten Jahr auch wieder schaffe, weil es einfach nicht geht.

Und in der täglichen Praxis werden die messbaren Ziele mal gut, mal schlecht eingesetzt. Ich kann mir zum Ziel setzen, als Sachbearbeiter oder als Dienstgruppe eine

gewisse Anzahl von Trunkenheitsfahrten zu bearbeiten. Was bringt es aber, wenn ich mir vornehme, 5 bis 6 Fortbildungsveranstaltungen pro Jahr zu machen, ist das zwar ein Ansatz, aber schlecht, wenn die Inhalte am Ziel vorbeischießen.

Und wenn es ganz schlecht ist, endet die Zielvereinbarung in einer reinen Strichliste ohne messbaren Erfolg.

Jetzt als Leiter des Bezirksdienstes in Mannheim Innenstadt habe ich ein Täterprogramm TOP 200 eingeführt. Als Maßstab gelten zunächst die geleisteten Ermittlungsstunden, was aber kein optimaler Maßstab ist, aber auch die Anzahl der von diesen Tätern begangenen Straftaten. Und daran kann sich ein Programm ganz klar messen lassen.

Ich denke, bei der Polizei kann man schon mit Zielvereinbarungen führen, aber es sollte nicht zu reinen Strichlisten verkommen.

Messbare, sinnvolle Ziele zu finden, ist allerdings schwer.

Und Fakt ist und bleibt, dass sich die meisten Kollegen sperren,



**Dennis Bürger:**

Mir ist es absolut unverständlich, wie jemand die Meinung „Dauerhaft gute Ergebnisse schafft man eben nur mit einem langen Atem“ vertreten kann, indem er feststellt, dass ein System 10 Jahre lang nicht funktioniert hat und man es deswegen ruhig noch ein paar Jahre weiter betreiben sollte. Auch dann, wenn das System die Akzeptanz längst verloren hat.

Auf 7 (sieben!) Seiten wird der Versuch unternommen, etwas schönzureden, das in großen Teilen der freien Wirtschaft bereits wieder abgeschafft wurde. Dort hat man nämlich erkannt, dass Führen mit Zielvereinbarungen in der Regel zeitraubend und personalintensiv ist. Außerdem kommt es automatisch zu einem erhöhten Verwaltungs- und Kontrollaufwand. Dies führt dann zu dem

bekanntem Akzeptanzproblem und schließlich zur Unzufriedenheit der Mitarbeiter.

Der Autor führt u. a. die zeitlich befristete Unterstützung von Hospitanten, die Übertragung administrativer Aufgaben auf Angestellte und die Einschränkung oder den Verzicht auf Ermittlungshandlungen als Errungenschaft der Zielvereinbarung (zur Reduzierung individueller Belastungsfaktoren) in einem KK an.

Dies sind doch alles Lösungen, die früher „bei einer Tasse Kaffee“ besprochen und ent-

schieden wurden – ohne vorher und nachher viel Papier voll zu schreiben.

Abgesehen davon wird sich der Wach- und Wechseldienst für diese Zielvereinbarung mit Sicherheit bedanken, denn dort fehlt das im KK hospitierte Personal sehr. Auch der Bürger freut sich vermutlich über die dadurch sinkende Präsenz der Polizei und darüber, dass Ermittlungshandlungen in seinem Fall nicht durchgeführt wurden.

Zumal auf der anderen Seite dann gleichzeitig durch Beamte eines KK Artikel für die Behördenzeitung geschrieben, gesammelt, gezählt und ausgewertet werden (für das Ziel „Transparenz und Fortbildung“). Womit sich der Kreis zu Strichlisten, erhöhtem Personalaufwand und zusätzlicher Administration (siehe oben) wieder schließt.

Der Umzug und die verbesserte materielle Ausstattung einer Dienststelle sowie klare Unterstellungsverhältnisse (zum Ziel „Qualitätsverbesserung“) sind für mich ebenfalls Dinge, die nichts mit Zielvereinbarung zu tun haben. Es sind Notwendigkeiten, die für eine effiziente Arbeit selbstverständlich sind und in der heutigen Zeit leider oftmals am Geld und/oder an dem Engagement von Entscheidungsträgern scheitern.

Bei aller Kritik hab ich aber in dem Artikel auch etwas gefunden, dass meine volle Zustimmung findet:

Die Sprache der Polizei leidet tatsächlich unter einer Flut von (meist englischen) Fachbegriffen, die sich toll anhören, oft aber das Lesen anstrengend machen und zu vielen Missverständnissen führen.

Auch die Meinung des Autors, dass Ziele, die ständig höher gesteckt werden, zwangsläufig irgendwann nicht mehr erreicht werden können, findet meine volle Zustimmung. Beides sind jedoch Sachen, die jedem basishen Menschen eigentlich schon immer bewusst waren.

wenn schon wieder was Neues kommt, denn die eigentliche Arbeit bei der Polizei (Unfall aufnehmen, Streitigkeiten schlichten, Täterermittlungen u. a.) bleibt vollkommen gleich.

Land	Steuersatz	
	allgemein	ermäßigt
Belgien	21 %	12 % oder 6 %
Dänemark	25 %	
Deutschland	16 %	7 %
Estland	18 %	5 %
Finnland	22 %	17 % oder 8 %
Frankreich	19,6 %	5,5 % oder 2,1 %
Griechenland	19 %	8 % oder 4 %
Irland	21 %	13,5 % oder 4,4 %
Italien	20 %	10 % oder 4 %
Lettland	18 %	5 %
Litauen	18 %	9 % oder 5 %
Luxemburg	15 %	9 %, 6 %, oder 3 %
Malta	18 %	5 %
Niederlande	19 %	6 %
Österreich	20 %	10 % oder 12 %
Polen	22 %	7 % oder 3 %
Portugal	21 %	12 % oder 5 %
Schweden	25 %	12 % oder 6 %
Slowakei	19 %	
Slowenien	20 %	8,5 %
Spanien	16 %	7 % oder 4 %
Tschechische Republik	19 %	5 %
Ungarn	25 %	15 % oder 5 %
Vereinigtes Königreich	17,5 %	5 %
Zypern	15 %	5 %

Die Steuer auf den Umsatz von Waren kannten schon die alten Römer und Griechen; im Mittelalter wurde sie in einigen deutschen Städten erhoben. Eine wirkliche Umsatzsteuer wurde in Deutschland aber erst nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt – mit einem vergleichsweise bescheidenen Satz von 0,5 Prozent; nach einigem Auf und Ab galt 1935 ein Satz von 2 Prozent, der nach dem Zweiten Weltkrieg auf 3 Prozent, und 1951 auf 4 Prozent angehoben wurde.

Seit 1968 wird die Umsatzsteuer in Deutschland so erhoben, dass sie letztlich als allgemeine Verbrauchsabgabe vom Konsumenten getragen wird. Im Zuge dieser Systemumstellung wurde 1968 zusätzlich zum Normalsatz von 10 Prozent auch ein ermäßigter Steuersatz von 5 Prozent einge-

führt. Darunter fielen einige Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs ebenso wie Informationsmedien. Sie wurden in einem entsprechenden Katalog zusammengestellt. Seither gilt v. a. für Nahrungsmittel, landwirtschaftliche Produkte, Bücher und Zeitungen die ermäßigte Umsatzsteuer.

Selbst Experten im verantwortlichen Bundesministerium der Finanzen erscheint diese 1968 zusammengestellte Liste zwar in sich schlüssig, aber an einigen Stellen nicht mehr zeitgemäß. So unterliegt z. B. Hundefutter, das Ende der sechziger Jahre ausschließlich aus Abfallprodukten der Lebensmittelindustrie hergestellt wurde, noch heute dem ermäßigten Steuersatz von inzwischen 7 Prozent. Baby-Windeln, von deren heutiger „Wegwerf-Qualität“ junge Mütter vor fast vierzig Jahren wohl kaum zu träumen wagten, werden trotz ihrer „familienpolitischen Bedeutung“ noch immer mit dem Normalsatz von derzeit 16 Prozent besteuert, da sie in dem entsprechenden Katalog nicht gelistet sind. Reinrassige Zuchtpferde dagegen, die heute bei Auktionen Millionen-Erträge einbringen, werden noch immer mit dem ermäßigten Steuersatz belegt. Die Liste solcher Kuriositäten ließe sich um einige Beispiele verlängern.

### Arzneimittel und Windeln entlasten

Zur Harmonisierung der Steuersätze auf EU-Ebene wurde vereinbart, dass der Normalsatz derzeit nicht unter 15 Prozent und ein ermäßigter Steuersatz nicht unter 5 Prozent liegen darf. Auch

## STEUERN

# Mehrwertsteuer belastet ungleich

**Die Union will im Falle eines Wahlsieges die Umsatzsteuer (umgangssprachlich auch Mehrwertsteuer) erhöhen. DEUTSCHE POLIZEI hat Beispiele recherchiert, was wie in Deutschland besteuert wird und wen eine Erhöhung dieser Steuer wie treffen würde.**

die EU hat zur Anwendung des ermäßigten Steuersatzes ein Verzeichnis von Gegenständen und Dienstleistungen erstellt, das alle zwei Jahre überarbeitet wird und die Mitgliedsländer bindet. Es weist große Übereinstimmung mit dem deutschen Katalog auf, ließe aber darüber hinaus auch für Arzneimittel, deren Umsatz in Deutschland mit 16 Prozent besteuert wird, den ermäßigten Steuersatz ebenso zu wie für Kinder-Auto-Sitze. Für die ermäßigte Besteuerung von Windeln könnte Deutschland bei der nächsten Überarbeitung des EU-Kataloges streiten ...

Wer heute über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland nachdenkt, sollte also auch eine zeitgemäße Anwendung des ermäßigten Steuersatzes anstreben.

### Ungleiche Belastungen

Zwar hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in einer Studie nachgewiesen, dass mit der Zahl der Kinder keine zunehmende relative Belastung durch die Mehrwertsteuer einhergeht. Dennoch wirken sich die unterschiedlichen Umsatzsteuersätze nicht für alle Einkommensgruppen gleich aus, denn Haushalte mit niedrigen Einkommen haben im Verhältnis zu Haushalten mit hohen Einkommen doppelt so hohe Ausgaben für Mehrwertsteuer – weil sie im Prinzip ihre kompletten Einnahmen zur Finanzierung des notwendigen Konsums ausgeben werden muss. Diese Kluft wäre noch größer, wenn Mieten nicht umsatzsteuerfrei wären und Nahrungs-

mittel dem normalen Steuersatz unterlägen. Außerdem wären von einer Erhöhung des Normalsatzes der Umsatzsteuer von 16 Prozent auf 18 Prozent die unteren Einkommensschichten auch deshalb am stärksten betroffen, weil eine Vielzahl dieser Haushalte durch eine Senkung der Sozialabgaben nicht entlastet würde. Denn sie gehen gar nicht oder nur in geringem Maße sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen nach – zum Beispiel Rentner, Studenten oder Alleinerziehende.

Auch die mittleren Einkommen würden von einer Erhöhung der Umsatzsteuer erheblich betroffen, weil sie nicht nur Güter des täglichen Bedarfs mit ermäßigtem Steuersatz sondern in größerem Umfang Waren und Dienst-

**Die Umsatzsteuer ist aufgrund ihres einfachen Erhebungsverfahrens und geschätzten 142 Mrd. Euro im Jahr 2005 eine der effektivsten Einnahmequellen des Staates. Sie ging im vergangenen Jahr zu 49,5 Prozent an den Bund, 48,4 Prozent entfielen auf die Länder und die Gemeinden erhielten 2,1 Prozent.**

leistungen konsumieren, die mit dem Normalsatz belegt sind. Sind Bezieher solcher Einkommen nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt, wie etwa Beamte, schlägt eine Umsatzsteuererhöhung voll durch, denn durch die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge ergibt sich für diese Gruppe keine Entlastung.

**Fazit: Eine Mehrwertsteuer-Erhöpfung trifft Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen – besonders hart, wenn sie durch eine Senkung der Sozialabgaben nicht entlastet werden.**

wew





# Wir können nicht einfach die Augen verschließen

Im November 2003 ordnete mich die Akademie der Polizei Baden-Württemberg in Wertheim zum Bundesgrenzschutz ab, von wo ich für 1 Jahr in das Krisengebiet entsandt wurde (der Anteil aus Baden-Württemberg beträgt zurzeit 12 Polizeibeamte).

## Minensituation

Die ersten drei Monate waren für mich die schwierigsten. Die Eingewöhnung in das neue Umfeld, das von den Spuren des Krieges noch sehr stark in Mitleidenschaft gezogen ist, die neue, sehr anspruchsvolle Arbeit und die Konversation ausschließlich auf Englisch, führten dazu, dass ich nach Dienstende ziemlich erschöpft in die Kissen fiel. Hinzu kamen der strenge Winter

Ein Erfahrungsbericht von Ralph Trefz

**Im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik leistet die Bundesrepublik Deutschland über die militärische Komponente hinaus mit bis zu 910 Polizeibeamten einen Beitrag für Krisenmanagementeinsätze der EU. Die europäischen Polizeikräfte haben hierbei die Aufgabe, effektive staatliche Strukturen im Bereich der Polizei und der Verwaltung aufzubauen und zu festigen. Daneben geht es auch darum, das immer noch weit verbreitete Misstrauen zwischen den drei Haupt-Volksgruppen im Land – den Bosniaken, den serbischen Bosniern und den kroatischen Bosniern – zu überwinden.**

der Eingewöhnungsphase.

Abseits von den Straßen und den stark frequentierten Wegen lauert immer noch Minengefahr. Tagtäglich werden bis heute im

viele Grundstücke immer noch vermint sind. Hauptsächlich Privatpersonen können sich einen Abbruch ihrer Häuser nicht leisten, da die Entminung teilweise

höhere Kosten verschlingen würde als der Wiederaufbau der Häuser.

Der Bürgerkrieg im Land teilte die Bewohner in verschiedene Gruppierungen bzw. Volkszugehörigkeiten, welche teilweise noch sehr zerstritten sind. Diesen Konflikt zu überwinden, wird wahrscheinlich noch viele Jahre dauern. Das macht die Arbeit der EU-Polizisten

um so schwieriger, haben sie doch gleichzeitig die Aufgabe beim Aufbau von neuen Strukturen im Behördenapparat die verschiedenen Volkszugehörig-

keiten zu berücksichtigen und vermittelnd zwischen den einheimischen Mitarbeitern zu wirken.

## Korruption und Organisierte Kriminalität

Ein Aufbau demokratischer Strukturen wird auch dadurch erschwert, dass fast 50 Jahre ein kommunistisches, teilweise korruptes System in Polizei und Verwaltung vorherrschte. Dass selbst heute noch in der Polizei Korruption vorhanden ist, ist auch auf sehr niedrige Löhne zurückzuführen, denn der durchschnittliche Lohn der Polizeibeamten liegt bei ca. 200 Euro, wobei das Leben etwa halb so teuer ist wie

### Der Autor

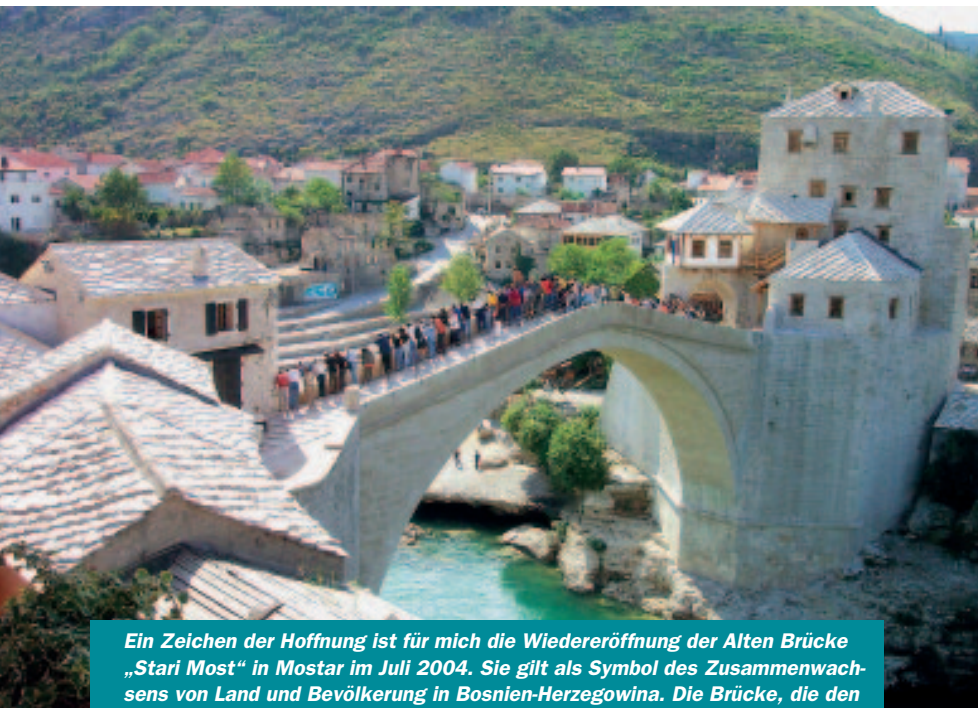
Ralph Trefz, Kriminalhauptkommissar (46) Trainer für polizeiliche Auslandseinsätze an der Akademie der Polizei Baden-Württemberg in Wertheim am Main.



Er war vom 17. November 2003 bis 23. November 2004 in der Europäischen

Polizeimission in Bosnien und Herzegowina eingesetzt und dort zuständig für den Aufbau der SIPA (State Investigation and Protection Agency).

Die SIPA ist hauptsächlich im Bereich der Schwerstkriminalität, des Terrorismus, der Korruption und Kriegsverbrechen tätig. Als Berater des Abteilungsleiters des „Intelligence Departments“, war Ralph Trefz zuständig für Information und Kommunikation, für Analysen in allen Kriminalitätsbereichen, sowie für Extremismus und Terrorismus. Gleichzeitig oblag ihm die Führung der internationalen Polizeibeamten, welche in dieser Abteilung als Berater eingesetzt waren.



Ein Zeichen der Hoffnung ist für mich die Wiederoöffnung der Alten Brücke „Stari Most“ in Mostar im Juli 2004. Sie gilt als Symbol des Zusammenwachsens von Land und Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina. Die Brücke, die den muslimischen Teil Mostars mit dem kroatischen Teil verbindet, wurde 1993 durch die bosnisch-kroatische Armee zerstört.

in Sarajevo und oftmals der Ausfall von Heizung und Strom. Auch der Umstand, sich nicht frei bewegen zu können, behinderte die Lebensqualität vor allem in

Land Minenunfälle registriert, oft mit tödlichem Ausgang. Das Straßenbild ist bis heute geprägt von Ruinen des Krieges, die nicht abgerissen werden können, weil

---

in der BRD. Da sich das Land jedoch keine höheren Lohnkosten leisten kann, muss auch zukünftig damit gerechnet werden, dass sich seine Beamten ihren Lohn mit „Nebeneinnahmen“ aufbessern. Auch alte Seilschaften aus Kriegszeiten gestalten den Aufbau einer Demokratie schwierig.

Im Bereich der Organisierten Kriminalität ist damit zu rechnen, dass diese in der Hauptstadt und in anderen größeren Städten stark ansteigt. Verschiedene Gruppierungen haben bereits

Sarajevo unter sich aufgeteilt, auch Bandenkriege finden statt. Einheimische Gruppierungen, Gruppen aus dem Sandschak und Kosovo haben derzeit die Oberhand, jedoch drängt auch chinesische Mafia mehr und mehr ins Land. Die Polizei hat derzeit nicht die Möglichkeiten, der Organisierten Kriminalität Paroli zu bieten.

Im Bereich der Grenzen zu Serbien wirkt sich die Organisierte Kriminalität hauptsächlich auf dem Gebiet des Menschenhandels, insbesondere mit jungen

Frauen die zur Prostitution gezwungen werden, aus.

---

### **Festnahme von Kriegsverbrechern**

Mit Investitionen tut sich das Ausland in Bosnien-Herzegowina schwer, weil für viele immer noch unklar ist, wohin die Zukunft des Landes führt. Aufgrund der inneren Zerstrittenheit und des Taktierens wird die Auslieferung von Kriegsverbrechern an das Internationale Tribunal in

Den Haag verschleppt. Somit befinden sich auch die international meistgesuchten Kriegsverbrecher Karadzic und Mladic immer noch auf freiem Fuß. Unzählige Festnahmeversuche schlugen bisher fehl, da die Verbrecher in der Bevölkerung teilweise immer noch Rückhalt haben und ihr Versteck ständig wechseln. Für die Europäische Union ist eine Auslieferung aber oberstes Gebot für eine Annäherung des Landes an die EU.

Auch deshalb wurden in jüngster Zeit viele Polizeiführer





und auch Politiker in der Teilrepublik „Republika Srpska“ vom international eingesetzten „Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina“, Lord Ashdown, abgesetzt. Mehr als 60 Personen wurden letztes Jahr ihrer Ämter enthoben. Weitere Absetzungen könnten aber zu neuen Unruhen führen. Eine Opposition gegen das restriktive Vorgehen des Hohen Repräsentanten bildet sich bereits.

Eine gesamtstaatliche Polizei bildet bisher der Grenzschutz (State Border Service) und bedingt die SIPA. Die Kriminalitätsbekämpfung aber wird erst

nicht Willens sein.

Auch deshalb ist es so wichtig, dass SIPA so schnell als möglich einsatzbereit ist. Momentan ist lediglich die Übernahme einzelner ausgewählter Fälle möglich.

### Terrorismus

Was das Kriminalitätsfeld des islamistischen Terrorismus betrifft, kommt Bosnien-Herzegowina eine Sonderstellung innerhalb Europas zu. Durch den Bürgerkrieg kamen viele Tausend arabisch stämmige Söldner ins Land, um der muslimischen Be-

völkerung im Kampf gegen die serbisch und kroatisch stämmigen Bevölkerungsgruppen beizustehen. Die Anzahl war so groß, dass ganze Bataillone von Mudschaheddin aufgestellt wurden.

Nach dem Friedensschluss blieben viele der Kämpfer im Land und siedelten sich an. Durch Korruption wurden zahlreiche Mudschaheddin mit falschen Dokumenten eingebürgert. Mehr als 700 solcher Fälle sind den Behörden bekannt. Teile dieser Mudschaheddin sind dem islamistischen Umfeld zuzurechnen und bilden heute hauptsächlich in verborgenen Gegenden in Zentralbosnien eine geeignete Basis im Kampf des religiösen Terrorismus von Seiten des fundamentalistischen Islam gegen Ziele in Europa.

Diese Gegenden sind ein ideales Versteck und Rückzugsgebiet zur Vorbereitung von Anschlägen oder nach deren Ausführung. Hinzu kommt, dass ein bosnischer Staatsbürger mit bosnischem Namen bei einer Kontrolle auf dem Gebiet der europäischen Union nur schwerlich ins Raster eines islamistischen Attentäters passt und die Einreise in die EU eher unproblematisch ist.

Wie bekannt wurde, sitzen vier bosnische Staatsbürger, welche

Während des Auseinanderbrechens Jugoslawiens begann 1992 der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Dieser wurde im November 1995 durch das in Dayton (USA) geschlossene Friedensabkommen beendet. Im Verlauf des Krieges wurden mehr als 200.000 Menschen getötet und über 2 Mio. Menschen vertrieben.

Die Europäische Polizeimission hat derzeit eine Stärke von rund 500 internationalen Polizeibeamten aus 33 Nationen, wovon ca. 90 aus Deutschland stammen.

von der US-Army in Afghanistan festgenommen wurden, im Gefangenenlager Guantanamo Bay auf Kuba ein.

### Fazit

Bis Bosnien-Herzegowina ein selbstständig funktionierender Staat ist, bis eine voll funktionierende Polizei und Verwaltung geschaffen ist, dauert es meiner Meinung nach noch mindestens fünf weitere Jahre. Bis das Land von Minen gesäubert ist, werden nach Schätzungen weitere 30 Jahre vergehen, sofern in diesem Tempo mit internationaler Hilfe an diesem Problem weitergearbeitet wird.

Seit 1. Dezember 2004 hat die europäische Militärtruppe EUFOR die bisherigen internationalen Truppen der SFOR (Stabilisation Forces) abgelöst. Das amerikanische Militär bleibt – jedoch mit reduzierten Kräften – unter einem NATO-Oberkommando weiterhin im Land.

Für Bosnien-Herzegowina wäre das Zusammenwachsen bestimmt einfacher, wenn eine Annäherung an die Europäische Union vollzogen werden könnte. Andererseits erfüllt dieser Staat derzeit nicht die Anforderungen einer Mitgliedschaft in die EU. Ein erster Schritt dahin gehend könnte die selbstständige Festnahme der Kriegsverbrecher und

deren Auslieferung nach Den Haag sein.

Neun Jahre nach dem Bürgerkrieg sind Städtenamen wie Sarajevo, Goradze oder Srebrenica nahezu aus unserem Gedächtnis gelöscht. Nach über einem Jahr in Bosnien-Herzegowina werden sie aber in meinem Gedächtnis bleiben. Dort bleiben auch die vielen guten Erfahrungen die ich mit Land und Leuten gemacht habe und nicht zuletzt die erzielten Fortschritte, die ich in diesem Jahr gesehen habe.

Ereignisse wie die Wiedereröffnung der Alten Brücke in Mostar im Juni 2004, die als Symbol für das Zusammenwachsen von Land und Bevölkerung gilt, geben mir Hoffnung, dass Bosnien-Herzegowina eines Tages zum Vereinten Europa gehört. Die Erlebnisse und die Arbeit dieses Jahres sind für mich sowohl dienstlich als auch privat



**Gräberfeld bei Srebrenica.** Experten einer am 15. Juli 2005 in Sarajevo zu Ende gegangenen Genozid-Konferenz, die sich mit dem Massaker an muslimischen Jugendlichen und Männern in der damaligen UNO-Schutzzone Srebrenica im Juli 1995 befasste, haben die Zahl der damals Ermordeten auf „bis zu 8.800“ beziffert. Ende letzten Jahres, wurden die ersten tausend Leichen auf der Gedenkstätte Potocari beigesetzt.

funktionieren können, wenn der Aufbau der SIPA abgeschlossen ist. Bisher hat die SIPA eine Gesamtstärke von ca. 400 Polizeibeamten, was noch nicht einmal einem Drittel der geplanten Gesamtstärke entspricht.

Solange die beiden Teilrepubliken sowie die einzelnen Kantone und Verwaltungsbezirke für die Polizeiarbeit zuständig sind, wird eine Koordination der Ordnungsmacht mit vereinten Zielen nicht möglich sein und somit werden auch die dezentral geführten Polizeien zur Festnahme der Kriegsverbrecher nicht in der Lage und vielleicht auch



**Als Verteidigungsminister Peter Struck (l.) im Februar 2004 das Militärcamp Rajlovac besuchte, bat er mich um einen Überblick über die Lage der deutschen Polizeibeamten, die zur Stabilisierung des Landes eng mit dem Militär zusammenarbeiten.**

Fotos: Trefz

eine sehr wertvolle Erfahrung. Ich habe gelernt, vieles in unserem Land wieder mehr zu schätzen und nicht alles als selbstverständlich hinzunehmen. Erstaunt bin ich über die Einstellung selbst intelligenter Leute in unserem Land, die vor dem Problem der Neuordnung des Balkans die Augen verschließen. Dieses Land liegt mitten in Europa, näher zu uns als der EU-Staat Griechenland, da kann Europa nicht einfach die Augen verschließen.

Ralph Trefz

# „Da passiert was Schlimmes“

Professor Dieter Rössner ist nervös. Im Lehrsaal hat er zwar Routine. Doch vor mehr als 300 Schülerinnen und Schülern hat der Marburger Strafrechtler noch nie gelehrt. Ihm zur Seite steht die Bielefelder Jura-Professorin Britta Bannenberg. Sie offenbart: „In einer normalen Vorlesung habe ich kein Lampenfieber, auch vor 1.000 Leuten nicht. Aber heute bin ich wirklich aufgeregt.“

Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten Klassen strömen plaudernd und kichernd in den Lehrsaal 2 des Convention Centers auf dem hannoverschen Messegelände. Beim zehnten Deutschen Präventionstag diskutierten nicht nur rund 1.500 Experten aus Polizei, Justiz, Sozialarbeit und Politik, sondern sind Kinder zu insgesamt vier Vorle-

**Wie wird man kriminell und was lässt sich dagegen tun? Warum muss man sich an Gesetze halten? Was können Schüler für eine Schule ohne Gewalt tun? Darum ging es in der Kinder-Universität im Rahmen des 10. Deutschen Präventionstages in Hannover.**

„Ist schon gut, dass es Polizei gibt. Sonst würde die Welt Kopf stehen“, sagt der elfjährige Florian. Sein gleichaltriger Klassenkamerad Felix pflichtet ihm bei: „Es ist gut, dass sie aufpasst.“

Lehrerin Karola Schrank sitzt neben den beiden: „Wir möchten unseren Schülern zeigen, dass Gewalt nicht der richtige Weg ist – nicht weil Gewalt bei uns ein besonderes Problem wäre, sondern um von vornherein gegenzuhalten.“ So veranstaltet die

schwunden. Aus den Lautsprechern ertönt die Titelmusik der ARD-Krimireihe „Tatort“. Da führen uniformierte Polizeibeamte zwei maskierte, zappelnde Gestalten nach vorne entreißen ihnen die Sturmhauben. Es sind die Referenten. Die beiden Professoren behaupten atemlos, sie hätten gerade eine Bank überfallen. Die Kinder trauen ihnen nicht zu, dass sie dazu kurz vor der Vorlesung wirklich noch rasch Gelegenheit hatten, und stellen sich der Frage, was denn Krimi-

Lombrose hatte angeblich typische Merkmale des Verbrechers beschrieben, etwa seinen „gläsernen, eisigen Blick“. Alles Unsinn, meint die Professorin. „Man kann niemandem ansehen, ob er Mörder oder Polizist ist.“

Was passiert mit Gesetzesbrechern? Den Kindern gefällt, dass die beiden Professoren dies an Bildern von Playmobilmännchen erläutern.

Mit 14 wird es strafrechtlich ernst, wissen mehrere Kinder. Was bis dahin aber die Konsequenz ist, darüber gehen die Meinungen auseinander: von Hausarrest für die Kinder bis zur Bestrafung der Eltern. Die Frage nach möglichen Strafen weckt die Phantasie der Kinder. „Folterkammer!“ ruft einer, „Quälen!“ sagt ein anderer. „Quälen ist verboten, weil es die Menschenwürde beeinträchtigt“, berichtigt Britta Bannenberg, „du würdest damit niemanden verbessern.“

Was können sich Menschen als Grundregel setzen? „Was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem anderen zu“, sagt ein Mädchen. Professor Rössner strahlt. Die goldene Regel des Zusammenlebens, die er sich als Fazit der Vorlesung zurechtgelegt hatte, aus Kindermund zu hören – das ist didaktisch ein voller Erfolg.

Darüber freut sich auch Sigrud Maier-Knapp-Herbst, die in der dritten Reihe inmitten der Kinder sitzt. Sie ist Präsidentin der Klosterkammer Hannover, einer Landesbehörde, die mehrere Stiftungen verwaltet und die Kinder-Uni unterstützt. „Angst ist ein schlechter Ratgeber“, begründet sie ihr Engagement für die Kinder-Uni. „Wir wollen Kinder stärken, damit sie sich in Bedrängnis Verbündete suchen und Hilfe holen.“

Die Kinder-Uni mit realen Professoren sei ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber Kindern. „Kinder sollen sich gewürdigt sehen, wir möchten ihnen Mut ma-

**Rund 300 Kinder hatten viele Fragen an die beiden Jura-Professoren Dieter Rössner und Britta Bannenberg bei der Kinder-Universität im Rahmen des 10. Deutschen Präventionstages in Hannover.**



Foto: Thomas Hestermann

sungen der Kinder-Uni eingeladen, berichten Professoren über Gewalt, Gefängnis und den Einfluss von Medien.

Morgens um neun Uhr geht es um Wilhelm Buschs Zitat „Ach, was muss man oft von bösen Kindern hören oder lesen ...“, und die Frage lautet: Wie wird man kriminell und was lässt sich dagegen tun? Die beiden Realschüler in der ersten Reihe vertrauen da auf die Polizei, die sie vor allem aus Fernsehserien wie „Cobra 11“ oder „Großstadtrevier“ kennen.

Realschule Seelze bei Hannover mit ihren Achtklässlern jährlich eine Gewaltpräventionswoche. Und sie lädt Polizeibeamte in Uniform ein, anstelle der Lehrer die Pausenaufsicht zu übernehmen. „Wir setzen auf die Autorität der Polizei, und das gelingt sehr gut.“ Das sieht auch die elfjährige Natalie so: „Manche akzeptieren Polizisten eher als die Lehrer.“

Plötzlich wird es dunkel im Saal. Professorin Bannenberg und Professor Rössner, die eben noch auf der Bühne standen, sind ver-

nalität sei. „Da passiert was Schlimmes!“ ruft ein Mädchen. „Da wird gekillt“, meint ein Junge. Gelächter.

Kann man Verbrecher an ihrem Gesicht erkennen? Der italienische Wissenschaftler Cesare Lombroso, erzählt Prof. Britta Bannenberg, war 1876 davon überzeugt. Die Kinder betrachten die von ihm veröffentlichten Porträtskizzen. Welcher aus ihrer Sicht am ehesten ein Verbrecher sein könne? Der mit dem Stopfelbart, rufen mehrere Kinder.



chen, und wir möchten Wissen vermitteln.“ Das dürfe übrigens auch mal mühsam sein. „Kinder haben Freude, sich anzustrengen. Freude und Anstrengung sind keine Gegensätze.“

Im Lehrsaal kommt es nun zur Geschichte von Max und Moritz, die Schneidermeister Böck ärgerten und auf die angesägte Brücke lockten: plumps, da war der Schneider weg. „Was haben Max und Moritz angerichtet?“ eruiert Professor Gössner. „Sachbeschädigung!“ heißt es prompt. Und wieder strahlt der Professor. „Mensch, das sind ja perfekte Begriffe, gleich auf den ersten Zugriff, so müsste das auch mit den Studenten gehen.“

Die Kinder werden mutiger. Ob der Herr Professor auch schon mal etwas verbochen habe, will ein Steppke aus der vordersten Reihe wissen. Da muss Dieter Rössner erst einmal durchatmen, bevor er gesteht, dass, nun ja, auch er als kleiner Junge mal Äpfel geklaut habe. Und er erzählt von einer Befragung seiner Studenten, nach der sie fast alle schon mal illegal Computerprogramme kopiert haben.

Jetzt wird es wissenschaftlich, erscheinen die ersten Statistiken auf der Leinwand. Das Diagramm mit dem schier unaussprechlichen Titel „Tatverdächtigenbelastungszahl“ sieht kompliziert aus. Aber nach den Erläuterungen der beiden Professoren wird schnell klar, dass nicht alle Altersgruppen gleich häufig kriminell werden. „Mit den Jahren wird man vernünftiger“, wirft der elfjährige Haydar ein. „Aber für euch kommen erstmal die wilden Jahre“, warnt Rössner und erklärt, dass männliche Jugendliche besonders häufig mit strafbaren Taten auffallen. „Jungs, strengt euch an, die Mädchen sind viermal besser als ihr!“

Dann wird ein Film gezeigt, das beeindruckende Porträt von Philipp, der die Schule schwänzte, auf der Straße lebte und in Schrottautos übernachtete. Er prahlt von Raubzügen und Schlägereien, schildert das vibrierende

Gefühl, einen Haufen Beutegeld in der Hand zu haben – und lässt auch durchblicken, dass er nirgendwo Kind sein kann, dass ihm niemand beisteht, wenn er weint. „Wer soll mich schon trösten?“ Die Kinder sind sich einig, dass Philipp sich falsch verhalten hat („er hat es vergurkt“), aber dass so einer auch Hilfe braucht.

Britta Bannenberg kommt zum programmatischen Finale. „Wir wollen eine gewaltfreie Schule! Wie geht das?“ steht nun auf der Leinwand. Die Schüler müssen die Regeln einhalten, sagt ein Mädchen. Und sie sollten Opfer von Übergriffen schützen und sie stärken, ergänzt die Professorin. „Das ist kein Petzen!“ Schüler, Lehrer und Eltern soll-

ten sich Regeln setzen und konsequent auf Verstöße reagieren.

Nach einer guten Stunde ist die Vorlesung der Kinder-Universität zu Ende. Viele klatschen. Und manche klopfen heftig auf die Tische, wie das Studenten eben so machen.

Prof. Dieter Rössner ist erleichtert. „Wir haben ihre Aufmerksamkeit gewonnen. Das war ruhiger als in einer Erst-Semester-Vorlesung in der Uni. Die Kinder haben ein gutes Rechtsverständnis, bringen viele Tatumstände sicher auf den Punkt. Da kamen ja selbst juristische Begriffe wie die schwere Körperverletzung.“ Um die Kinder zu interessieren, müsse man plastisch erläu-

tern, Medien gekonnt einzusetzen – vor allem aber ins Zwiegespräch mit dem jungen Publikum gehen. Prof. Britta Bannenberg: „Kinder sind spontan. Wie sie reagiert haben, zeigt mir, dass unser Thema viel mit der Lebenswelt der Kinder zu tun hat.“ Es sei wichtig, dass Mitschüler und Lehrer eingreifen, wenn Schüler zu Opfern werden.

Nach der mehr als einstündigen Vorlesung trinken die Kinder nun Limonade im Foyer und sind in eifrige Diskussionen vertieft. Ein Junge fragt seinen Lehrer: „Warum stellen wir keine Regeln auf?“

*Thomas Hestermann*

## BIKER IM BGS

### 2.300 Euro für krebskranke Kinder gespendet

Am 4. Juni führte das Bundespolizeipräsidium West den 3. offenen Polizeibikergottesdienst in Sankt Augustin durch. Mehr als 1.000 Biker fuhren beim 11 km langen Korso zum Gottesdienst nach Sankt Augustin/Niederpleis. Ca. 70 Kolleginnen und Kollegen mit Dienstkrädern aus dem gesamten

im Jahr 2002 aus der Kreisgruppe Sankt Augustin der GdP gegründet hatten, ein Bikercamp, auf dem über 200 Übernachtungsgäste ihre Zelte aufschlugen. Neben geführten Ausfahrten, bei denen uniformierte Kollegen mit ihren Dienstmaschinen neben zivilen Bikern fuhren, konnten sich alle begeistern



Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland bildeten die Spitze der Prozessionsfahrt, die vom Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums West und Bürgermeister der Stadt Sankt Augustin angeführt wurde. Rund um den Polizeibikergottesdienst veranstalteten die Biker im BGS, die sich

Motorradfahrer am abwechselungsreichen Abendprogramm amüsieren. Abgesehen von den heißen Öfen wurde der Klänge regionaler Gruppen gelauscht und getanzt. Die Stimmung erlebte ihren Höhepunkt, als unser Kollege Sigurd Oster von der Bundespolizeiinspektion Saarbrücken mit

seiner Show King of Memphis – Elvis lebt – auftrat.

Die Bevölkerung aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis zeigte reges Interesse an der Veranstaltung und zahlreiche Gäste besuchten die Abendveranstaltung und feierten mit den Polizistinnen und Polizisten für die gute Sache:

Ein Spendenscheck in Höhe von 2.300 Euro wurde an die Elterninitiative krebskranker Kinder Sankt Augustin e.V. während des Abendprogramms übergeben.

Mit Blick auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und der damit verbundenen starken Belastung der Polizeikräfte wird der nächste Polizeibikergottesdienst erst im Jahr 2007 stattfinden.

*Ingulf Kersten*

## Auf ein Wort

### Positionspapier „Mitgliederbindung – Seniorengruppe und JUNGE GRUPPE“ auf den Weg gebracht

*Liebe Seniorinnen, liebe Senioren,*

die Vorstände der beiden Personengruppen der Gewerkschaft der Polizei – JUNGE GRUPPE und Seniorengruppe – sind sich bewusst, dass unsere Gesellschaft große Herausforderungen wie Massenarbeitslosigkeit, Firmenpleiten und die zunehmenden Lasten der demographischen Entwicklung bewältigen muss. Auch viele unserer



Kolleginnen und Kollegen sind verunsichert, fragen sich, was die kommenden Jahre bringen werden: Ist mein Arbeitsplatz sicher? Wie entwickeln sich Renten und Pensionen? Umso wichtiger ist es, dass es Menschen und Organisationen gibt, die den Hilfesuchenden mit Rat und Unterstützung zur Seite stehen. Ich glaube, dass unsere Gewerkschaft der Polizei hierbei Hilfe gerade im oft so hektischen Berufsleben und sorgenvollen Alltag geben kann.

#### Zukunftsbündnis der Generationen

Mit dem Positionspapier „Mitgliederbindung – Seniorengruppe und JUNGE GRUPPE“ stellen sich die Vorstände der beiden Personengruppen diesem Thema. Dabei wissen wir, dass weder die genannten Akteure noch die GdP im Ganzen die schnelle Lösung in der Tasche

haben. Wir gehen dabei von folgender Ausgangslage aus: Die demographische Entwicklung und die rasanten Veränderungen im sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Bereich haben Auswirkungen auf die Lebenssituation aller Altersgruppen unserer Gesellschaft. Wir leben in einer Welt des langen Lebens. Immer weniger Kinder werden geboren.

Auch für die Polizei wird die demographische Entwicklung spürbare Veränderungen bedeuten. Dies gilt zum einen für die Veränderungen in unserer beruflichen Tätigkeit im Zusammenhang mit der sinkenden Anzahl der Bevölkerung, zunehmender Migrantenprobleme und Änderung der Altersstruktur. Als Beispiel sei hier genannt, das subjektive Sicherheitsbedürfnis von älteren Menschen zu erfüllen. Zum anderen meinen wir damit auch die auftretenden Probleme in der Personalentwicklung, weil es für die Polizei schwerer wird, bei wieder steigenden Einstellungszahlen und sinkenden Schulabgängerzahlen ihren Nachwuchs am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu realisieren.

Wir denken dabei auch an die im Polizeibereich absehbaren „Verteilungskämpfe“ um die Einkommen oder die Finanzierung zunehmender Versorgungslasten. Angesichts der beunruhigenden Situation des politischen Lebens empfinden auch unsere jungen Mitglieder ein Gefühl der Ausweglosigkeit. Resignation macht sich breit. Als dringendste politische Aufgabe sehen junge Menschen weitgehend die Beseitigung derjenigen Umstände, die sie unmittelbar betreffen oder bedrohen wie z. B. Arbeitslosigkeit und die Schaffung von

Arbeitsplätzen. Vor diesem Hintergrund hilft uns die Berliner Forderung nicht weiter, Ausbildungswillige in den Polizeidienst einzustellen und ihnen für die ersten zwei Jahre eine Vergütung vorzuenthalten.

#### Jüngeren Mitgliedern Mut machen und Hilfe geben

Für uns Senioren bedeutet dies konkret: Mit unserer Berufs- und Lebenserfahrung die JUNGE GRUPPE bei ihren Überlegungen der drängenden Fragen der Zukunft zu unterstützen.

Wir müssen mit unseren jungen Kolleginnen und Kollegen über die derzeitige Situation und über ihre Zukunftsaussichten diskutieren und sie von der Notwendigkeit gewerkschaftlichen Engagements überzeugen und zur Mitarbeit ermutigen.

Dazu erscheint uns z. B. „Mentoring – Lernen am erfolgreichen Vorbild“ als eine Möglichkeit, mit phantasievollen Formen der Solidarität zwischen den Generationen die Brücken zu schlagen, die wir für eine positive Entwicklung in unserer GdP dringend brauchen.

Unter dem Motto: „Alt hilft Jung“ sollen erfahrene Seniorinnen und Senioren den jungen Kolleginnen und Kollegen Zeit widmen und ihnen mit Tipps und praktischen Hilfestellungen zur Seite stehen und sie für gewerkschaftliche Funktionen gewinnen. Für die Fähigkeit zum sogenannten „Mentorat“ sind nicht nur die Kenntnisse, sondern auch Lebenserfahrung entscheidend, die weiterzugeben oft als Anliegen empfunden wird. Dabei geht

es nicht so sehr um die „großen Dinge“, wichtig sind die Ermutigung zum Mitmachen und Mitgestalten und die so genannten „kleinen Tipps“.

#### Mentoring in der Praxis

Hierzu haben die beiden Geschäftsführenden Vorstände JUNGE GRUPPE und Seniorengruppe auf der gemeinsamen Sitzung am 2. Juni 2005 in Berlin ein „Mentoring-Programm“ formuliert und dem Geschäftsführenden Bundesvorstand zur Beschlussfassung vorgelegt.

Über Einzelheiten und Beginn der Umsetzung werden wir im nächsten Seniorenjournal berichten.

*Liebe Seniorinnen, liebe Senioren,*

während ich diese Zeilen zu Papier bringe, ist in vielen Bundesländern Ferienbeginn. Die Reisezeit hat begonnen. Hat euch auch schon das Reisefieber gepackt? Stehen die Koffer parat, um mal wieder eine Pause einzulegen oder „dem Alltag zu entfliehen“? Ich meine, auch für Seniorinnen und Senioren kommt irgendwann im Jahresablauf eine Phase, in der sie/er das Bedürfnis verspüren, mal wieder raus zu kommen, eine Pause zu machen. Auch ältere Menschen brauchen hin und wieder Tapeutenwechsel, Luftveränderung und neue Kontakte. Ein bisschen Distanz zum Alltag verhilft einem dazu, manches was einem das Leben schmerzlich macht, von einer anderen Seite zu betrachten.

Ich wünsche allen Seniorinnen und Senioren sowie ihren Familien einen erholsamen und stressfreien Urlaub, in dem sie die nötige Ruhe zum „Abschalten und Ausspannen“ finden und in dem sie „Abstand von der Hektik des Alltags“ gewinnen mögen.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
euer Heinz Blatt,  
Vorsitzender  
der Seniorengruppe*



# Aktuelle soziale Wetterlage

**Am Rande der Bundesvorstandssitzung am 16./17. Juni in Leipzig sprach DP mit dem BSV Heinz Blatt über seine Sicht auf das „soziale Klima“ in Deutschland – insbesondere mit Blick auf die junge Generation, die offenbar besonders im Regen steht.**

**Kollege Blatt, du beschreibst in deinen Artikeln in DP immer wieder die „Verschlechterung des Sozialklimas“. Was liegt dir dabei besonders am Herzen?**

Ich möchte es beispielhaft an einer so genannten Wetterprognose deutlich machen.

Allabendlich schauen wir voller Erwartung auf die Wetterkarte mit der Frage: Was bringt das Wetter uns morgen?

So wie das Wetter abhängig ist von den meteorologischen Faktoren, so ist das Sozialklima abhängig von gesellschaftspolitischen Entscheidungen.

Das Sozialklima wird sich weiterhin verschlechtern und zunehmend rauer. Die Schlechtwetterfront mit ihrer sozialen Kälte umfasst insbesondere die Schwachen unserer Gesellschaft,

**„Ein Augenmerk muss den Jugendlichen gelten, mit Verbesserungen im Bildungssystem, verstärkter Chancengleichheit und Erleichterungen beim Übergang von Schule zu Arbeit. An dieser Stelle möchte ich auch auf den vom Europäischen Rat beschlossenen Europäischen Pakt für die Jugend hinweisen, der Maßnahmen zur Beschäftigung, Bildung und sozialen Eingliederung der Jugendlichen bündelt.“**

*Vladimir Spidla, Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit*

die Randgruppen und Minderheiten.

Eine Beruhigung wird erst zu erwarten sein, wenn wesentlich stärker die Ursachen erforscht und beseitigt werden. Die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit – insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit – beeinflusst das Sozialklima maßgeblich. Die „Umverteilung „von unten nach oben“ hat maßgeblich mit dazu geführt, dass privater Reichtum immer weiter zunimmt und die Großkonzerne zu Großverdienern werden, während der Staat selber und der Rest der Gesellschaft mehr und mehr verarmen und sich immer stärker verschulden.

Eine neue Armut erstreckt sich als wachsender Tiefausläufer über ganz Deutschland.

**Wie würdest du die neue Armut beschreiben?**

Sie ist mehr als nur Einkommensarmut. Häufig kommen bei bedürftigen Menschen mehrere Belastungen zusammen, wie geringes Einkommen, schlechte Wohnverhältnisse, hohe Verschuldung und Arbeitslosigkeit – und in der Folge auch mangelnde Bildung, mangelnde Familienkompetenz ...

Ein schlauer Mann hat kürzlich einmal gesagt: „Was nutzt mir die Freiheit, ins Theater gehen zu können, wenn ich die Eintrittskarte nicht bezahlen kann.“

Die negativen Auswirkungen der „neuen Armut“ werden eine Destabilisierung unserer Demokratie, insbesondere des Sozialstaates zur Folge haben. Das wirkt sich vermehrt in Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus aus, denn zwischen sozi-

aler Entwicklung und Veränderung einerseits sowie dem Verhalten und Wahlverhalten weiter Bevölkerungskreise andererseits besteht erfahrungsgemäß eine Verbindung. Ein enger Zusammenhang besteht auch zum besorgniserregenden Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität. Neben der Alltags- und Kleinkriminalität, der Beschaffungs- und Begleitkriminalität, der or-



**Marion Tetzner, verantwortliche Redakteurin der DP, im Gespräch mit dem Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt. Foto: Dietmar Michael**

ganisierten Kriminalität werden in einem solchen Sozialklima besonders üppig die Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung, Steuerhinterziehung und Korruption gedeihen.

Es steht außerdem fest, dass bei der Begehung all dieser Straftaten eine wachsende Gewaltbereitschaft besteht. Es es ist heute schon erschreckend, mit welcher Brutalität, welcher Intensität immer mehr Täter gegen ihre Opfer vorgehen.

**Welche Schritte siehst du, die Folgen im Bereich Kriminalität abzumildern?**

Die Bekämpfung der Jugend- und Gewaltkriminalität muss Vorrang haben. Der erste Schritt muss sein, das Kriminalität bundesweit verfolgt und nicht verwaltet wird, die Verfahren ge-

strafft werden, es so schnell wie möglich nach der Tat zur Verurteilung kommt und Strafen bis zum Höchstmaß auch ausgesprochen werden.

**Du kümmerst dich seit vielen Jahren intensiv um die junge Generation mit all ihren Problemen und beobachtest bei ihnen eine hohe Politikverdrossenheit. Woran meinst du, liegt das?**

Weil die Zukunftschancen und Perspektiven von Jugendlichen nicht einheitlich sind. Es gibt die Erben großer Vermögen, aber es gibt auch die Erben der Sozialhilfekarrieren.

Eins aber haben alle gemein: Ihre Perspektiven sind anders als die der Jugend von 1949 oder 1968: Sie sind die erste Generation, der gesagt wird: Ihr werdet es nicht besser haben als

Eure Eltern. Ihr werdet Euch einschränken, den Gürtel enger schnallen müssen. Vorhersehbare Lebensläufe wie für Eure Eltern wird es nicht mehr geben.

Dabei haben sich die Perspektiven der Jugend bereits verschlechtert. Türen, die in den 60/70er Jahren geöffnet wurden, verschließen sich wieder. Überall werden neue Hürden aufgerichtet. Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Leute fehlen.

Durchgreifende Veränderungen in der Jugend-, Familien- und Gesellschaftspolitik, insbesondere aber auch in der Sozialpolitik, könnten zusätzlich zu einem Klimawechsel in Deutschland beitragen.

**Das Gespräch führte Marion Tetzner**



## Grünes Licht für mehr Akzeptanz

Seit 1995 findet das Bundesseminar für lesbische und schwule Polizeibedienstete alljährlich statt. Dieses Mal trafen wir uns zum 10-jährigen Bestehen des VelsPol (Verband lesbischer und schwuler Polizeiangehörige) Berlin-Brandenburg erstmals in Berlin. Um die

Brandenburg) gesendet. Am zweiten Tag erfolgten Impulsreferate der Kollegen Jochen Sindberg (LKA Berlin, Auswertung und Prävention) und Uwe Löhr (Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei Berlin).

Es wurde u. a. die erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Berliner Polizei, sowohl mit den Bürgerinnen und Bürgern, als auch mit den örtlichen Gruppierungen und Vereinen erörtert.

Uns wurde deutlich, dass sich eine präventive und repressive Polizeiarbeit nur mit Hilfe gezielter Informationen und Hinweisen aus allen Teilen der Bevölkerung verbessern lässt.

Anhand praktischer Beispiele konnten wir erfahren, dass schwule Männer – oder die von den potentiellen Tätern für „schwul“ gehalten werden, in bestimmten Situationen immer wieder Opfer werden.

Wie geht die Polizei mit Häuslicher Gewalt, z. B. in einer lesbischen Beziehung um? Anhand dieser und anderer Fragen wurden Strategien entwickelt und Lösungsmöglichkeiten für die praktische polizeiliche Arbeit entwickelt.

Abschließend fand eine politische Diskussion mit Volker Beck (MdB) zum Thema „Antidiskriminierungsgesetz“ und die Auswirkungen auf unsere tägliche Polizeiarbeit statt.

Nach der Tagung hatten wir am Samstag die Möglichkeit, am Berliner CSD (Christopher-Street-Day) teilzunehmen.

Wir möchten uns besonders bei Herrn PP Glietsch und den Kolleginnen und Kollegen des VelsPol Berlin-Brandenburg für die Gastfreundschaft und die gute Organisation bedanken.

Wir freuen uns schon darauf, in Zukunft die begonnene Arbeit weiter fortzusetzen und warten gespannt auf das Bundestreffen 2006 in Stuttgart.

*Wolfgang Krömker,  
Andreas Meßollen*

## Thüringer Polizisten helfen Kindern in Litauen

Nach einer von Thüringer Polizeibeamten und Bürgern in den Jahren 2003 und 2004 durchgeführten Spendenaktion für Kinder in Litauen wollen wir im Oktober 2005 15 Kindern und 4 Erziehern der Schule in Kivyliai (Region Akmene) einen Ferientaufenthalt von 10 Tagen in Thüringen ermöglichen. Der Aufenthalt soll durch verschiedene Ausflüge und Veranstaltungen für die 8- bis 16-Jährigen zu einem unvergesslichen Erlebnis werden.

Diese Aktion wird gemeinsam von Thüringer Polizeibeamten und dem Förderverein „Kinder in Litauen e.V.“ geplant und durchgeführt. Der Förderverein „Kinder in Litauen e.V.“ unterstützt seit Jahren Kinder in litauischen Kinderheimen und finanziert sich ausschließlich aus

Spendenmitteln (Spendenquittungen werden ausgestellt).

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diese Aktion des Fördervereins mit einer Spende oder durch andere Maßnahmen unterstützen könnten.

Barspenden können unter dem Kennwort „Kivyliai“ auf das Konto des Fördervereins „Kinder in Litauen e.V.“ bei der Deutschen Bank Erfurt, BLZ 820 700 00, Konto-Nr. 1 31 55 22 eingezahlt werden.

Bei Rückfragen: Armin Vogel, PD Erfurt/StB 1 (EZ), Andreasstraße 38, 99084 Erfurt, Tel.: 036376-56777 oder 0361-6620 (App.2220 / 2223)  
E-Mail: arminvogel@freenet.de  
A.Vogel@pdef.polizei.thueringen.de  
*Armin Vogel*



Foto: Wolfgang Krömker

90 Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern, dem BGS und Österreich waren zu dieser Tagung angereist.

Zum Auftakt war der offizielle Empfang im Polizeipräsidium und die Begrüßung durch Herrn Polizeipräsidenten Glietsch, der auch Schirmherr der Veranstaltung war. Viele Kolleginnen und Kollegen waren in ihren Uniformen zu diesem Empfang erschienen und neben den Semiarteilnehmern waren auch Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes, Vertreter des Personalrats und der Berufsvertretungen, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Medien dabei. Auffallend war das Medieninteresse, ein kurzer Filmbericht wurde noch am Abend im Regionalen 3. Fernsehprogramm (Radio Berlin-

## Bildungsurlaubsseminare

**Drogen – Spielsucht – Psychogruppen: Soziale Probleme des Geschäfts mit der Abhängigkeit** (mit Besuch im Casino Hohensyburg)

Termin: 18. - 23.9.2005  
Kosten: 140 Euro

**Sind Kinderlose egoistisch? – Wertewandel, Generationensolidarität und Familienförderung in der „Seniorenrepublik Deutschland“**

Termin: 25. - 30.9.2005  
Kosten: 130 Euro

**Vom Arbeitersport zum profitablen Investment: S 04, Borussia und andere Akteure im Fußballgeschäft** (mit Besuch von Museum und Arena „Veltins-Arena“)

Termin: 4. - 7.10.2005  
Kosten: 90 Euro

**Echtes Leben im falschen Film – Geschichte der real untergegan-**

**genen DDR und ihre Wiederauferstehung im Kino**  
Termin: 9. - 14.10.2005  
Kosten: 130 Euro

**Die Türken in Deutschland und die europäische Perspektive der Türkei: Sind islamische Tradition und westliche Modernität miteinander vereinbar?**

Termin: 23. - 28.10.2005  
Kosten: 130 Euro

Die Anerkennung dieser Seminare nach den Bildungsurlaubsgesetzen der Länder bzw. nach der Sonderurlaubsverordnung liegt vor.

Anmeldungen an:  
DGB-Bildungszentrum,  
Am Homberg 46-50,  
45529 Hattingen  
Telefon: 02324-508-403  
Telefax: 02324-508-430  
E-Mail:  
bildungsurlaub@dgb-bildungs-  
werk.de